



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1910

177 (18.4.1910) Abendblattt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-141210](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-141210)

General-Anzeiger



Abonnement:

70 Pfennig monatlich.
Eringerlohn 20 Pfg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
zuschlag M. 2.48 pro Quartal.
Einzel-Nummer 3 Pfg.

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Gefestete und verbreitetste Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüros
in Berlin und Karlsruhe.

Telegramm-Adresse:

„General-Anzeiger
Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1448
Drucker-Bureau (An-
nahmen, Druckarbeiten) 341
Redaktion 377
Expedition und Verlags-
buchhandlung 318

Inserate:

Die gewöhnliche Seite . . . 25 Pfg.
Auswärtige Inserate . . . 30 „
Die Bekanntheitsseite . . . 1 Mark

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 177.

Montag, 18. April 1910.

(Abendblatt.)

Die preussische Wahlreform.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

Berlin, 17. April.

Nachdem die Wahlrechtsdebatte im Herrenhaus vom letzten Freitag in allgemeinen Umrissen die Stellung der Mehrheit dieses Hauses aufgewiesen hat, nachdem auch bereits reichliche Beschlüsse aus der Kommissionsitzung vom gestrigen Nachmittage vorliegen, ist eine hinlängliche Klärung eingetreten über die Richtung, in welcher das Herrenhaus eine Änderung der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses eintreten lassen wird, und über die Gestalt, in welcher schließlich das ganze Gesetz an die erste parlamentarische Instanz zurückgelangen wird. Eine wesentliche Korrektur im Sinne freier Forderungen wird nicht erfolgen; durch den Beschluss der Kommission, an der Verbindung der sogenannten geheimen Wahl mit dem indirekten Wahlverfahren festzuhalten, hat das Herrenhaus deutlich genug bekundet, daß es nicht gewillt ist, ernsthaft an den Grundlagen der Beschlüsse des schwarz-blauen Blocks zu rütteln. Die preussische Pairskammer sügt sich seldermögen auch dem Willen der Regierung, die in erster Linie darauf bedacht ist, überhaupt etwas zustande zu bringen, dann aber auch sogleich darauf Bedacht nimmt, die Parteien nicht vor den Kopf zu stoßen, die gleiche Rücksichtnahme auf Regierung und deren Vorlage keineswegs beizulegen. Es ist etwas sonderbar, wie seit Freitag auf einmal im liberalen Blättermaße hundertfältig Schöplinge neuer Hoffnung spritzen. Daß der preussische Ministerpräsident nicht erst seit Freitag den Gedanken wälzt, wenigstens eine der Mittelparteien an das schwarz-blaue Kompromiß zu schmieden, ist mäßig bekannt; darüber hinaus möchten wir den Worten Bethmanns irgendwelche Bedeutung nicht beimessen. Die Verknüpfung von geheimer und indirekter Wahl soll bleiben; das ist der Wille einer sog. preussischen Staatsregierung; durch eine Abschwächung der Drittteilung und eine Erweiterung des Kreises der „Kulturträger“ soll die „Änderung des Wahlrechts auf einer breiteren Grundlage“ herbeigeführt werden. Jene gewisse Vorläufe, wie diese „Läden“ auszufüllen seien, möchte Herr von Bethmann-Hollweg nicht, er überläßt die Lösung dieser Frage ausschließlich dem Herrenhause.

Täuschen wir uns nicht! Eine wirkliche Reform wird nicht zustande kommen, jede Hoffnung darauf ist seit gestern völlig erloschen. Die Frage ist einzig die, ob nun auch die Mittelparteien für die „Reform“ gewonnen werden. Daß die Freikonservativen den Anstoß finden werden, wenn eine andere Drittteilung gefunden wird und nicht lediglich die Kulturtrierer ein höheres Wahlrecht erhalten, ist zweifellos. Das waren die Bedingungen, unter denen sie ihre Mitwirkung an dem Reformwerk zugesagt haben. Wie aber werden sich die Nationalliberalen stellen? Man wolle uns nicht die Magdeburger Beschlüsse entgegenhalten, schon um desswillen nicht, weil wir selbst nicht Parteitagbeschlüsse für unbedingt bindend anzuerkennen vermögen. Die preussischen Nationalliberalen messen ihnen auch nicht, wie so oft behauptet und anerkennend auch geglaubt

wird, die Bedeutung von Minimalforderungen bei, sondern von Maximalforderungen. Geheime und direkte Wahl in Verbindung mit einer Änderung der Wahlkreis-einteilung, das sind die Forderungen der preussischen Nationalliberalen, ihr Endziel mit Bezug auf eine dauernd wirksame Reform des preussischen Wahlrechts. Unter solchem Gesichtswinkel die Magdeburger Beschlüsse betrachtet, ist eine Zustimmung zu einer Teilreform, die in der Richtung dieser Beschlüsse liegt, nicht prinzipiell ausgeschlossen und praktisch auch sicherlich nicht von der Hand zu weisen. Wir sollten nun meinen, daß die Grundlagen des Kompromisses, wie es nun auch vom Herrenhause sanktioniert wird, nicht als in dieser Richtung gelegen anerkannt werden kann. Einmal, weil von der Einführung der direkten Wahl überhaupt nicht mehr die Rede ist — obwohl die Regierungsvorlage selbst dieses Wahlverfahren für überlebt erklärt — zum anderen, weil auch die geheime Stimmabgabe dadurch inoffiziell gemacht wird, daß die Wahlmänner den Abgeordneten in öffentlicher Wahl wählen müssen. Es ist schon zuviel Lunte geflossen, als daß diese Scheinreform nochmals beleuchtet werden müßte. Was nun aber noch geschehen soll, um die Mittelparteien für diesen „Wahlrechtskompromiß“ einer Wahlreform zu gewinnen, dafür haben wir keinerlei Verständnis. Wird der Kreis der „Kulturträger“ über die Abiturienten hinaus erweitert, so werden eben nur neue „Bevorzugte“ geschaffen, und ob nun Bildung oder Lebenserfahrung maßgebend ist erscheint uns ohne jede Bedeutung. Die wahre Bildung und Lebenserfahrung wird doch nicht getroffen, nur die Bildung, die durch irgend ein formales Examen nachgewiesen wird, und die Lebenserfahrung, die etwa ein zwölf-jähriges Militärverhältnis oder eine ähnlich langzeitige Angehörigkeit als Beamter gibt. Der große Kreis der Männer, die in dem breiten Strom des Lebens leben, die auf eigene Kraft bauen und nicht auf den Rückhalt einer pensionsberechtigten Lebensstellung, die geben hierbei leer aus. Wähler dritter Klasse! Und dann die Drittteilung! Darüber ist man sich auch im Herrenhause einig, daß man hier eine Lösung finden muß, die nicht das Zentrum von der Mitarbeit ausschalten würde. Aber selbst gelehrt den Fall, die Drittteilung würde den Wünschen der Nationalliberalen vollauf entsprechen, der praktische Erfolg wäre immer nur der, daß die Sozialdemokratie bis auf den letzten Mann aus dem Abgeordnetenhaus verschwinden würde. Eine Reform aber, die die Sozialdemokratie nicht in erheblich größerer Anzahl in das preussische Parlament bringt, kann auch dann nicht als eine wirkliche Reform gelten, wenn etwa die Nationalliberalen einige Mandate gewinnen würden. Darum handelt es sich! Die nationalliberale Fraktion im preussischen Abgeordnetenhaus sollte eingedenk sein der mahenden Worte, die anlässlich der letzten Zentralvorstandssitzung Wasser-mann und Hieber an sie gerichtet haben, nicht immer nur Laßt zu treiben, wenn ausgeprochene Volksströmungen ein anderes Begehren an die Führer der Partei stellen. Und dann sollte auch der Erfolg in Olesko- und-Johanniburg die Laßtler in der preussischen Landtagsfraktion überzeugen, daß sie in den letzten Wochen so auf dem richtigen Wege waren. Warum also von einer solch erfolgreichen Bahn abgehen wollen!

Noch ein weiteres muß bedenklich stimmen! Von einem Teile der Mitglieder des Herrenhauses wird beabsichtigt, durch Entfugung einer entsprechenden Bestimmung in das Wahlgesetz Verfassungsänderungen in Zukunft zu erschweren. Die Verhütung soll also künstlich wiederhergestellt werden. Einer derartigen Bestimmung, die geradezu als „Ausnahme“-Bestimmung gegenüber einer bestimmten Partei empfunden werden müßte, wohnt der Wunsch der konservativen Kreise inne, weiteren Reformen für lange Zeit einen Nagel vorzuschieben. Und weil das die Absicht der herrschenden Mächte in Preußen ist, darum muß die nationalliberale Fraktion doppelt auf der Hut sein. Sie könnte sich durch Zustimmung zu den gegenwärtigen Beschlüssen leicht selbst um die Erfolge bringen, die sie für die endliche Erreichung einer wirklichen Reform durch eine solche Zustimmung erhoffen mocht!

Politische Uebersicht.

Mannheim, 18. April 1910.

Zum Kampf im Baugewerbe.

Die die Arbeitgeber, so suchen auch die Arbeitnehmer die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen. Eine Auslassung aus ähnlichen Gewerkschaftskreisen befaßt sich eingehend mit der Frage: Was veranlaßt die Bauarbeiter zur Ablehnung des Arbeitgeber-Ultimatums? Die Schlussfolgerungen des Artikels seien hier unverkürzt wiedergegeben:

Wir reformieren: 1. Zentraler Vertragsschluß, 2. das Einstellungs- und Entlassungsrecht von Arbeitern auf den Arbeitgeberbund ausgedehnt, 3. den einseitigen obligatorischen Arbeitsnachweis. Diese Forderungen des Arbeitgeberbundes sind lediglich zu dem Zweck berechnet, um die Macht des Arbeitgeberbundes zu stärken und die Arbeiter und deren Organisation in ein ungewisses Abhängigkeitsverhältnis zu bringen. Damit verbunden wäre die absolute Beherrschung des Arbeitsmarktes, und dadurch eine Beeinflussung der Löhne zugunsten der Arbeiter.

Die baugewerblichen Arbeiterorganisationen erkennen die Notwendigkeit der Regelung der Arbeitsvermittlung im Baugewerbe durchaus an. Sie sind bereit, daran mitzuarbeiten, in lokaler Weise und ohne Hintergedanken. Die Arbeitsvermittlung, die von so erheblicher Bedeutung für unser Wirtschaftsleben ist, soll den gewerblichen Kämpfen entzogen werden. Das ist möglich, wenn sie auf paritätischer Grundlage gestellt wird. Die Arbeiterorganisationen haben sich dementsprechend für paritätische Arbeitsnachweise erklärt. Die Arbeitgeber haben das einst zurückgewiesen. Ihr Einwand, daß die mit den Arbeitern gemeinsam errichteten Nachweise sich in den Händen der Sozialdemokraten befinden würden, ist nicht haltbar. Es gibt Mittel und Wege, um jeden Mißbrauch zu verhindern. Die wahren Gründe für die Ablehnung des Arbeitgeberbundes sind oben gekennzeichnet.

Der Arbeitgeberbund hält an seinem älteren Generalversammlungsbeschluß, wonach eine Verkürzung der Arbeitszeit unter zehn Stunden nicht stattfinden soll, fest. Die Arbeiter sind damit schon aus dem Grunde nicht einverstanden, da es doch nicht angängig ist, daß die eine Partei beschließt und die andere ohne weiteres lägen soll. Sodann: Warum soll eine künstliche Schranke für jene Orte aufgerichtet werden, wo Arbeitgeber und Arbeitnehmer von der Notwendigkeit einer Verkürzung unter zehn Stunden überzeugt sind? Das geschieht heute, ja es werden damit jedwede Verhandlungen über die Arbeitszeit unterbunden. Solu-

Feuilleton.

Deutschlands Sieg auf der Brüsseler Weltausstellung.

Der Schöpfer der deutschen Abteilung über sein Werk von Josef W. Zuzinet-München.

(Nachdruck verboten.)

Wenige Tage noch, und Brüssel wird in festlich-bräutlichem Schmucke prangen, denn am 28. April soll die Brüsseler Weltausstellung, die in langen 2 Jahren herangetrieft und aus dem Boden allmählich bis zu ihrer heutigen Impostanz emporgewachsen ist, eröffnet werden. Es ist schon heute kein Geheimnis mehr — die Korrespondenten haben es bereits ihren Mätern in Telegrammen und Artikeln mitgeteilt — daß Deutschland auf dieser Weltausstellung in künstlerischer und technischer Hinsicht einen Sieg davontragen dürfte, wie er uns bisher noch auf keiner internationalen Ausstellung beschieden war. Und dieser Sieg hat mit Hilfe der Elite der deutschen Künstlerchaft der Münchener Architekt Prof. Emanuel v. Seidl errungen, denn er ist der geistige Vater und Schöpfer der deutschen Abteilung der Brüsseler Weltausstellung 1910.

Kurz vor seiner letzten Abreise nach Brüssel — am 12. April in früher Vormittagsstunde — empfing mich der Künstler in seinem Heim, dranhin am Verariaring, wo von der Festivale her die Miesenstatue der Donaria grüßt und auch das jüngste Ruhmesfeld Münchener Ehrgelüste, das Ausstellungsgelände, für neue Erfolge hergerichtet wird. Einen Künstler lernte ich in Professor Emanuel v. Seidl kennen, der von echtem bayrischen Schrot und Korn ist, der mit feffelndem Humor über sein in Brüssel ge-

schaffenes Werk plauderte und sich nicht mühsam ausgeklügelte Antworten abbiten ließ.

„Wissen's“, sagte der Künstler, als ich auf die Entstehung der deutschen Abteilung in Brüssel einging, „wissen's, ich hab' halt schon manche Erfahrungen in Ausstellungsbauten. Schon 1900 war ich berufen worden, bei der Pariser Weltausstellung die deutsche Abteilung zu schaffen. Jetzt steht die Sache so: Das bayerische Ministerium gab auf Anfrage dem Kultusministerium in Berlin mich an, so erhielt ich denn auch den Auftrag für Brüssel. Das ist ja meine Freude und Stärke, in der Architektur Massenwirkungen hervorzuheben und der dekorativen Seite die ihr gebührende Bedeutung zuzuerkennen. Bei aller Freudigkeit und Farbenfreudigkeit darf aber auch der ernste Ton nicht fehlen.“

Mit der Art und Weise, wie Prof. Emanuel v. Seidl das erbetene Interview zu einer stilsicheren Unterhaltung ohne jeden zeremoniellen Zwang gestaltete, war die Basis zu einem lebhaften Frage- und Antwortspiel gegeben. Wir kamen von einem Detail ins andere, immer wieder aber Klang aus allem der Grundballord hervor: „Mein Lieblingssthema ist die Farbe, jene Freude an der Farbe, die nur von der Farbe ausgehen kann.“

Doch ich will nicht voraussehen, sondern lieber kurz die Entstehung der deutschen Abteilung mit den Worten des Künstlers wiedergeben:

„Schon im Sommer 1908“ — erzählte Prof. Emanuel v. Seidl, — „wurde mit mir die Frage einer deutschen Abteilung bei der Brüsseler Weltausstellung behandelt. In Berlin hatte man sich einen gar einfachen Plan zurecht gelegt. Ein deutsches Haus zu errichten, während die deutschen Künstler auf die internationalen Hallen verwiesen werden sollten, wo allerdings für die Deutschen durchweg gute Plätze ausgesucht waren. Dafür war ich nun ganz und gar nicht. Hatten wir schon in Paris und in St. Louis gezeigt, was Deutschland künstlerisch und technisch

kann, so mühten wir in Brüssel unseren besten Trumpf anzuspieren. Das leute ich bei den Verhandlungen in die Wagschale und proponierte eine Gebäugruppe und die Einschließung der Raumkunst an das deutsche Haus. Die Besichtigung an Ort und Stelle, die Namens Deutschlands der Reichskommissar Albert-Berlin führte, gab mir recht. So wurde denn mit mir am 9. Februar 1909 der Vertrag abgeschlossen, die Arbeit konnte beginnen. Mir war insofern ein bestimmtes Farbziel gestellt, als unmittelbar vor dem für die deutsche Abteilung bestimmten Gelände ein holländischer Garten in seltener Florabereicherung mit fast märchenhafter Buntheit blühend prang. Also hieß es für mich: Farbenfreudigkeit im ästhetischen Sinne zurückdrängen, der Buntheit der Blumen zuliebe, dafür aber Ausleben in Farben im Innern. Außen nur ein Akkord bestehend aus Grau (Dachziegel), weiß (Fassaden), Schwarz (Eulen), und gold (Polster), innen aber eine rauschende Farbenharmonie, ein Hinüberfluten von einem Farbenbilde ins andere. Wichtig, imposant und dekorativ nach außen, diese Forderung stellte ich mir bei Beginn der Skizzen. Allerdings konnte ich bei der Größe meines Projektes, es waren allein 30 000 Quadratmeter unter Dach zu bringen — die Arbeit nicht allein bewältigen; ich schickte Prof. Bruno Paul für Kunstgewerbe — Raumkunst — und Kultusminister, Prof. Dörfler (Hauptmaschinen- und landwirtschaftliche Halle), Behrens (Kraftmaschinenhalle, Ingenieurwesen und inneres der Maschinenhalle) und Walter-Berlin (allgemeine Industriehalle) zu Mitarbeitern vor. Der große Meister Zufall gab mir die Hauptdispositionen für die Gruppierung. Gemaltige Pappeln nämlich, die auf dem Gelände wie vereinigte Niesen aus längst vergangenen Tagen standen und schon zum Fällen bestimmt waren, wurden für mich — lagen mir — zu natürlichen Pfeilern, um die ich die Baumgruppe stellte. Außer dem architektonischen Gesamtbau verblichen mir nach Hinzuziehung der eben genannten Künstler nur noch die Repräsentationsräume, das Weinrestaurant und getrennt davon

Arbeitszeit und noch einige andere Punkte sollen Gegenstand der- licher Verhandlungen sein. Wenn der Arbeitgeberverband das mit den Gewerkschaften vereinbart, geht dann aber hin und verbietet seinen Mitgliedern, über diesen oder jenen Punkt zu verhandeln, dann haben solche Verhandlungen überhaupt keinen Zweck mehr. Der Kölner Generalversammlungsbefehl ist Prinzipienreiterei. In Nürnberg und Regensburg lebte die 12stündige Arbeitszeit, in München dagegen zehn Stunden. Soll sie in München mit seiner Ausdehnung nicht ebenso angebracht sein wie in den anderen Städten?

Von den Gewerkschaften ist nirgends eine Forderung auf Ver- kürzung der Arbeitszeit gestellt worden. Sie müssen jedoch darauf sehen, daß über diesen Punkt die Verhandlungsmöglichkeit herbei- geführt wird. Und deshalb erkennen sie den Kölner Beschluß nicht an.

Daß aber der Arbeitgeberbund in den Tageszeitungen die Nichtanerkennung dieses Beschlusses als Scheiternsgrund für die am 8. April im Reichstag stattgefundenen Verhandlungen bezeich- net, da er eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht zugeben könne, ist eine beabsichtigte Verführung der Schuldfrage, denn es liegen, wie bereits gesagt, noch gar keine Forderungen auf Verkürzung vor. In Wahrheit kamte er über seinen einzigen Punkt verhan- deln, da seine Forderungen über zentralen Vertrags-Abschluß, Maschinenarbeit, Löhne, Arbeitsnachweis usw. genau so Generalver- sammlungsbeschlüsse darstellen wie der über die Verkürzung der Arbeitszeit. Das muß festgehalten werden. Als „endgültige Bestim- mung“ tauchen bei den Gewerkschaften auf. Warum auch die Ablehnung der drei Unparteiischen. Warum das alles? Weil der Arbeitgeberbund den Kampf unter allen Umständen wollte.

Zur Vorbereitung von Handels- verträgen.

Die am 15. d. M. in Berlin abgehaltene Generalver- sammlung der Zentralfstelle für Vorbereitung von Handels- verträgen nahm folgende Resolutionen an:

1) Die Spannung, welche zurzeit der Erneuerung der Han- delsverträge zwischen den politischen Parteien des Landes beand, hat es mitangehalten, daß die sehr wichtige Frage des handels- politischen Systems, bezw. der tarifmäßigen Gestaltung eine objektive Würdigung und entscheidende Ausgestaltung erfahren hat. Gegenüber dem Wunsche der während der letzten Jahre und Monate nachträglich vollzogenen handelspolitischen Abkommen hat sich herausgestellt, daß das deutsche Tarifsystem an sich wenig ge- eignet erscheint, gegenüber dem Tarifsystem anderer Länder als Verhandlungsgrundlage zu dienen. Da in einigen Jahren der Ablauf der Wechsels der zurzeit geltenden Handelsverträge zu erwarten steht, da zudem heute schon ersichtlich geworden ist, daß auch die Komensatur bezw. das Schema des deutschen Tarifs gegenüber dem Stande der Technik als unzureichend gelten muß, erscheint es erforderlich,

schon jetzt die beteiligten Antistellen und Interessentenkreise zum Eintritt in die Vorbereitung und Fällung der vorstehend angebezeichneten Materie einzuladen.

2) Der Herr Staatssekretär des Innern hat durch Kunder- erlag an die Handelsverträge von 8. April 1910 dargelegt, in welchem Umfange und mit welcher Intensität der handelspoli- tische Ausnahmestand von der Abteilung 4 des Reichsamts des Innern während der letzten Periode geleitet worden ist und fort- während geleitet wird. Der deutsche Handelsvertrag hat in seiner 36. Festschreibung vom 14. April d. J. eine Resolution angenommen, durch welche er die Schaffung einer amtlichen Ausnahmestelle für den Außenhandel empfiehlt. Auch die Zentralfstelle für Vorberei- tung von Handelsverträgen hat in ihrer mehr als 12jährigen Praxis die Erfahrung gemacht, daß der amtliche Informa- tionsdienst trotz umfassender Tätigkeit der Ergänzung bedarf und zwar vornehmlich auf dem Spezialgebiete des Zollwesens und der Zolltarife. Hierbei ist unerlässlich, daß eine direkte und fortwährende Mitwirkung koooperativer In- teressenten geschieht wird. Die Zentralfstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen hält es aus diesem Grunde für notwendig, daß die für das gesamte Wirtschaftsleben hochbedeutende Frage des Zollausnahmestandes in einer gemeinsamen Aus- sprache der Interessenten mit Vertretern der zuständigen Behörde alsbald geklärt werde.

Die Zentralfstelle bezieht, die Angelegenheit zunächst im Plenum der zur Interessengemeinschaft bestimmten Vertretungs- körper zum Gegenstande besonderer Verhandlung zu machen.

3) Die vom Deutschen Reich seinen Kolonien und Schutz- gebieten zugewiesene politische Stellung erweist sich als un- richtig und gefährdend. Während alle übrigen Länder dazu übergegangen sind, ihre Kolonien und Interessengebiete zu einer Vorkolonie des Mutterlandes anzuschließen, hat sich das Deutsche Reich von seinen Kolonien und Schutzgebieten politisch und wirtschaftlich getrennt. Die deutschen Kolonien und Schutz- gebiete haben heute dem internationalen Wettbewerb und der Ausdehnung durch die fremdländischen Konkurrenz offen, ohne daß Deutschland daselbst irgend eine Vorkoloniestellung genießt. Ander-

speziell davon das Münchener Haus, ein Idyll, dessen Schöpfung mir die Fischer-, Löwen-, französischer Leisbräu- und Sponen- branerei übertragen haben. Natürlich war auch die gesamte Pro- jektierung der Gartenanlage meine Aufgabe.

„Was glauben Sie nun erreicht zu haben?“ warf ich fragend ein.

Ein sonniges Lachen, des Geschaffenen sichtlich froh, spielte um die Lippen des Künstlers, der fortfuhr:

„No fertig ist das Werk, zu dessen Beschäftigung ich noch heute nach Brüssel fahre. Gute Gruppenbilder wollte ich schaffen, die großen Massenbauwerke sollten von verschiedenen Standpunk- ten aus zur Geltung kommen. Einheitslichkeit aber trotz der Ver- schiedenheit der Gebäude. Neues sollte in der Bedürfnis- und Konstruktionsfrage errungen werden. Ich glaube, es ist errun- gen; nicht mit Einzelheiten will ich Sie belästigen, nur Hauptmo- mente für die große Öffentlichkeit verständlich anführen:

„Die wichtigste Frage, die Konstruktionsfrage, ist von den Bauformen mittergiltig gelöst worden. Jede Scheinarchitektur ist verworfen, das sachliche Bild als solches kommt trotz der Gel- tung, nicht für den Augenblick, sondern wie festem Bedürfnis ent- sprechend wachsen die Gebäude empor. Die Kritik wird, sobald sie ihre Vergleiche zwischen den einzelnen internationalen Abtei- lungen aufzuheben Gelegenheit nimmt, die sicher nicht unerwähnt lassen. Bei uns also das sachliche Bild, bei den anderen noch das Verhorren bei dem alten Ausstellungsstandpunkte, wo die Kon- struktion durch Scheinassaden verkleidet ist. Weiter haben wir zum erstenmale den Wandel der Tragfähigkeit des gebogenen Holzes erbracht, indem wir eine Halle aus gebogenem Holz mit 43 Meter Spannweite fertigstellten. Und drittens endlich habe ich in die Architektur als neuen Schmuck Porzellan eingeführt und dadurch eine Fortentwicklung erreicht, die bisher unmöglich war. Da haben Sie die drei grundlegenden Faktoren der deutschen Abtei- lung der Brüsseler Weltausstellung. Das Gesamtprojekt habe ich auf die Farbenstimmung zugeschnitten. Froh und freudig, habe ich doch behaglich: das stelle ich mir zur Bedingung. Ich nannte Ihnen den Vierklang schon: grau-weiß-schwarz-gold, den ich im äußeren Innere anfügte, dazu als begleitende Harmonie grüne Töne und Spalier, kammwappene Fronten inbezug auf die

seitig wird der deutsche Handel aus den Kolonialgebieten seiner Konkurrenzländer mehr und mehr zurückgedrängt und erscheint gegen die Probentendenzen des jeweiligen Mutterlandes differenziert. Dieser Zustand ist auf die Dauer unhaltbar; denn er bedroht uns mit gefährlicher Einbuße in unseren überseeischen Interessengebieten und erscheint geeignet, beim jeweiligen Abschluß neuer Verträge mit Konkurrenzländern unerwünschte und schädliche Forderungen hervorzuheben.

Ueber die Möglichkeit des Scheiterns des Arbeitshammergesetzes.

Schreibt man verschiedenen Blättern: Die Reichstagskom- mission für den Gesetzentwurf eines Arbeitshammergesetzes hat den Beschluß gefaßt, die Wählbarkeit zur Arbeitskammer auch auf die Sekretäre der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen auszudehnen. Der gleiche Beschluß ist bereits von der Kommission gefaßt worden, die in der vorigen Session den Gesetzentwurf durchberaten hatte. Dieser Beschluß geht davon aus, daß die im Verne- tätigen Arbeiter nicht genügend in der Lage seien, sich in das ausgedehnte Gebiet der sozialen Gesetzgebung einzuarbei- ten. Außerdem fehle ihnen die erforderliche Unabhängigkeit. Dahingegen hätten die Beamten und Vorstandsmitglieder der Organisationen Zeit und Gelegenheit, sich über alle Be- stimmungen der Gesetzgebung zu unterrichten und Auskunft darüber zu erteilen. Auch ihre völlige Unabhängigkeit spräche für ihre Zulassung zur Wahl.

Demgegenüber stand die Minderheit der Kommission auf dem Standpunkt, daß die Wählbarkeit der Gewerkschafts- beamten und Arbeitersekretäre in direktem Wider- spruch mit dem Geist des ganzen Gesetzes ständen. Der Zweck der Arbeitskammer wäre die Annähe- rung und Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeit- nehmer. Die Arbeitersekretäre wären jedoch berufsmäßige Agitatoren, welche Politik in die Arbeitskammern hinein- tragen, wodurch eine Verständigung unmöglich würde. Die Reichsregierung lehnte ebenfalls die Wählbarkeit der Arbeiter- sekretäre ab; da grundsätzlich eine unmittelbare Verhandlung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch die Kammern erreicht werden sollte. Für die Wirksamkeit der Kammern als Einigungsamt können die Arbeitersekretäre ohnehin heran- gezogen werden; und für gutachtliche und sonstige Tätigkeit den Behörden gegenüber erscheinen die Arbeitersekretäre durchaus entbehrlich. Dem hierbei kommen nur hochkundige Leute in Frage, und nicht solche, die vielleicht schon jahre- lang aus dem Gewerbe ausgeschieden sind.

Da die Reichsregierung an diesem Standpunkte un- zweifelshaft festhält, müßte man mit einem Scheitern des Arbeitshammergesetzes rechnen, falls der Kommissionsbeschluß vom Plenum des Reichstages aufrecht erhalten werden sollte.

Badische Politik.

* Adolfszell 14. April. Der hiesige Liberale Verein hielt gestern Abend im „Härtendberger Hof“ seine Generalversammlung ab. Nach Eröffnung und Begrüßung durch den Vorstand Michel, referierte der zweite Vorstand Rechtsanwalt Wülfinger über die Tätigkeit des Vereins. Es war eine arbeitsreiche Zeit, Landtags- und Gemeinderatsarbeiten fielen in dieselbe. Redner behandelte in eingehender Weise den Verlauf der Landtagswahl, mit deren Ergebnis man im allgemeinen zufrieden sein könne. Es war vorauszu sehen, daß bei den Landtagswahlen die Sozialdemo- kratie den größten Erfolg erzielen werde. Speziell in unserem Bezirk stieg die Sozialdemokratie von 9 auf 16 Prozent, die Liberalen verloren um 1 Prozent wegen der Stimmenthal- tung der Demokraten; dagegen ging das Zentrum von 59 auf 53 Prozent zurück, ein Beweis, daß auch unser Wahlkreis für das Zentrum nicht mehr so bombastischer ist. Der Redner würdigt die großen Mühen und Opfer, die der Kandidat Köhler für unsern Bezirk in dankenswerter Weise gebracht hat und bespricht dann den Verlauf der hiesigen Gemeinderatswahl. Kassier Kraus er- stattete den Kasseebericht, der einen günstigen Stand der Kasse aufwies. Bei den Wahlen hat Vorstand Michel, von seiner Wiederwahl abzusehen, ließ sich aber dann doch herbei, das Amt des zweiten Vorstandes zu übernehmen, während Rechtsanwalt Wülfinger zum 1. Vorstand gewählt wurde.

gärtnerische Anlage. Mit der äußeren Großzügigkeit müßte das Innere mithalten, das außen wegen des holländischen Gartens natu- rerweise zu dampfen war, im Innern umso überreicher und intensiver sein. Ein Farbenbild konzentrierter Art ist mir wohl im Münchener Hause gelungen. Des Münchener Urigen- tisten sind ja Lebensfreude und Humor. In weiterer Folge müßte darum hier alles gehalten sein. In den Giebeln grünen gelbe Streifen und Bilder, im Lonnengewölbe sorgen Rostm- schichten für einen fröhlichen Farberreigen, den Epheumotiv ab- schließen. Rechts hell gelbunte Erkerzuschmückungen bilden den Beschluß.“

„Ueberhaupt“, so fuhr freudig erregt der Künstler fort, „die Wahl des Ortes der deutschen Abteilung gab von vornherein Raum für malerische Motive, auch da ist Deutschland vor allen anderen beteiligten Nationen bevorzugt. Wenn ich weiter von Farbenstimmungen reden darf, so will ich Ihnen sagen, daß ich im Empfangssaal z. B. die Wände mit neuer Technik in schwarz mit Silber und Grau gehalten habe. Dazu denken Sie sich helles Naturholz und farbige Damastmöbel. Das muß froh und heiter stimmen. Im anschließenden Damenjalen verwende ich an den Wänden hellrosa mit grau, tief blaue der Boden und hellfarbig sind die Möbel. Hier haben die allerersten Künstler Deutsch- lands ihre Bilder zur Schmückung der Räume hergegeben. Den Gegenjalen bringt der Repräsentationsjalen. Ich darf Ihnen ver- raten, daß hier die bayerische Regierung ihre kostbarsten Portulac- gobelins (grau und blau) mit zur Dekoration zur Verfügung stellte. Im Repräsentationsraum arbeite ich mit schwarzem, weissen und braunem Marmor, ein blaurot-rosa Preis von Walter Georgi ist neben den Gobelins die künstlerische Zierde, blau-rote Vorhänge schließen die Vordrängungen ab. Und im Beiseinrestaurant habe ich zum erstenmale Porzellan in die Archi- tektur eingeführt. Die Kachelwände sind in lila mit grün ge- halten, ein Spiel der Farben ineinander wird erreicht, das Traumen macht. Als Kontrast verwende ich schwarze Sockel und Kapitelle und habe in die Nischen etwa 80 Jim. große kunstfertige Porzellan- bögel gestellt. Ich kann nur wiederholen: Im Verein mit den ersten Künstlern Deutschlands, die hier der deutschen Sache neue Vorarbeiten zu erringen sich bemühten, ist in der Brüsseler Welt-

Schriftführer bleibt Burkart, Kassier Kraus, ferner wurden noch 20 Ausschussmitglieder bestimmt. Dem Gesamtvorstand wurde der Dank der Versammlung für die opferstrenge Führung der Vereins- und Parteigeschäfte zum Ausdruck ge- bracht. Danach entspann sich noch eine rege Diskussion über verschiedene Tagesfragen.

Bayerische und Pfälzische Politik.

Das pfälzische Jagdrecht.

a. M. i. n. c. h. e. n, 17. April. (Von unj. Korrespondenten.) Das Bürgermeisterrat Kirchheimbolanden hatte an den Bayerischen Landtag eine Petition gerichtet, die Allerhöchste Verordnung von 1900 über die jagdbaren Tiere dahin ab- zuändern, daß die wilden Kaninchen von den für jagdbar er- klärten Tieren ausgeschlossen werden. Diese Eingabe ist motiviert durch die große Kaninchenplage im Bezirk der petitionierenden Stadt. Aus Anlaß der Beratung der Peti- tion wurde von bündlerischer Seite der Wunsch laut, die jagdgesetzlichen Bestimmungen in Bayern r. d. Rh. auf die Pfalz auszudehnen. Der Minister des Innern erwiderte, daß die Aushebung in Erwägung gezogen werden könne, wenn erst einmal über das noch bei der Reichstagskammer zur Ent- scheidung liegende Umjagengesetz, in welchem auch die Jagd- pachten eine größere Rolle spielen, zwischen den beiden Kam- mern Uebereinstimmung herrscht. Eine Abhilfe im Sinne der Petition könne vorerst auch durch entsprechende Gestaltung der Jagdpachtverträge erfolgen. Die Petition wurde dann der Regierung zur Berücksichtigung übergeben.

Württembergische Politik.

Oeffentliche Handwerker-Versammlung

* Stuttgart, 18. April. Die gestern im Stadigarten- saal abgehaltene öffentliche Handwerker-Versammlung zum Zweck der Stellungnahme gegen den Paragr. 100q der Ge- werbeordnung, war aus allen Teilen des Landes sehr zahl- reich besucht. Als Vertreter des Ministeriums des Innern und der Zentralfstelle für Gewerbe und Handel war Reg.-Rat Dr. Abele erschienen, außerdem wohnte ihr der Vertreter des Handwerks in der Ersten Kammer, Ralermmeister Schindler und die Abgg. Kibel, Hiller, Wolff, Körner und Löchner an. Die Versammlung wurde von Freireuemeister Wolf geleitet. Die Tagesordnung lautete: „Welche Bedeutung hat die Auf- hebung des Paragr. 100 q der G.-O. für das Handwerk?“ Das erste Referat hatte Hoffschänermeister Böter-Stuttgart übernommen, der die Frage nicht vom politischen, sondern vom wirtschaftlichen Standpunkt aus behandelte. Während die freien Zünfte Mindestpreise festsetzen dürfen, sei dies den Zwangsinnungen verboten und doch wäre dies für sie am notwendigsten. Die Mindestpreisfestsetzung werde den Ein- gelnen tüchtig fördern und den Geist der Zusammengehörig- keit. Die Handwerker seien bisher die größten Stiefkinder im Staate gewesen, jetzt sei es aber Zeit, daß sie ihre An- sprüche geltend machen. Die Gewerbevereine wollen wir nicht bekämpfen, aber die Kottweiler Resolution sei doch etwas einseitig. Der Redner schloß mit den Worten eines bekannter Parlamentarier, daß ohne einen fröhlichen Handwerkerstand das Vaterland verloren sei. Als zweiter Redner sprach Freireuemeister Schütz-Stuttgart. Er beschästigte sich in der Hauptache mit der Behandlung der Frage in der württ. 2. Kammer am 22. und 23. April vorigen Jahres und polemisierte in scharfer Weise gegen die damals von Minister von Birkel gemachten Ausführungen und gegen Ralermmeister Schindler, der in der ersten Kammer erklärt habe, ein Be- dürfnis für die Abschaffung des Paragr. 100 q sei nicht vor- handen. Nachdem sich der Redner noch eingehend mit den ein- schließlich Verhandlungen auf dem Verbandstag der Gewerbe- vereine in Kottweil beschäftigt, stellte er zum Schluß die Forderung auf: Aufhebung, nicht Abänderung des § 100 q, nicht Einführung von Mindestpreisen für Eingelne, sondern für alle. — Die sich über zwei Stunden hinziehenden Er- örterungen wurden eröffnet mit einer Rede des Vertreters des Handwerks in der ersten Kammer, Ralermmeister Schin- dler-Göppingen, der sich gegen die Aufhebung des § 100 q aus- sprach und hinzusetzte, er werde davon auch nicht abgehen, selbst wenn er sich dabei in Widerspruch setzen sollte zu einer

ausstellung die deutsche Abteilung zum Glanz geworden. Ein neuer Sieg Deutschlands also im friedlichen internationalen Wettbewerb, den ja die Weltausstellungen alle darstellen sollen.“

Prof. Emanuel v. Seidl führte mich in seinem viele Räume umfassenden Atelier umher, in jenen Saal, der das Modell der deutschen Abteilung in Brüssel birgt. Ich fand die Worte des Künstlers bestätigt, ich, wie um die einfachen ragenden Rappeln die Gebäude sich gruppierten, hier das deutsche Haus, anschließend die gewaltigen, langgestreckten Hallen, ich auch jene seltsame Halle aus gebogenem Holz, dort das idyllische Münchener Haus. Und ringsum in zarten, das Auge erfreuendem Arrangement die gärtnerischen Anlagen, die Baumgruppen und Blumenbeete, als natürliche Ordnung den holländischen Garten mit seiner schillernden Farbenpracht. Jagend fragte ich zu guterletzt:

„Und was kostet das alles?“

Ein sorgenvolles Lachen erklang, dem die Antwort folgte: „Das weiß ich nicht! Ich müßte mit den einfachsten Mitteln arbeiten. Was sollten wir auch hier viel noch Geld und Gut fra- gen, in Brüssel, an jener Stätte, die der Schlüssel zu Paris, Lon- don und die Rheinlande ist, da müßte uns allen, die wir an der deutschen Abteilung mitzuschaffen für würdig befunden waren, nur das Eine erstrebenswert erscheinen: german to the front! Und wir haben — dieser unverfälschte Glaube besetzt uns alle — künstlerisch und technisch hoffentlich geliegt. Da muß auch kont- bar und anerkannt das Reichskommissar, des Herrn Architel- ten Walter-Berlin gedacht werden, dem die Hannauführung oblag.“

Abschiednehmend stellte ich noch die kurze Frage:

„Herr Professor, wollen Sie auch weiter Ihre Kunst in den Diensten des Ausstellungshauses stellen?“

„Neberzeit“, lautete die Antwort, „denn gerade die Aus- stellungsbauarchitektur erheischt Massenwirkung und Dekoratives, da kann, mag die Architektur so fond auch erst sein, doch Freudig- keit überall ainen, Freudigkeit, gepaart mit dem Mousché der Farben“

Traueren barrie bereits das Auto, das den Künstler zur Baha- gen Brüssel bringen sollte.

Mein Herr, Siegel-Gablenberg nimmt in der Frage eine Mittelstellung ein. Er hofft von der Aushebung weder goldene Berge für das Handwerk, noch glaubt er, daß dann ein Auszug auf die Taschen des Publikums gemacht würde. Die größere Mehrzahl der Redner trat für die Aufhebung des Paragr. 100 q ein, was der Vorsitzende konstatierte und dann noch einmal den Malermeister Schindler angriff und von ihm verlangte, er soll in der ersten Kammer erklären, daß das, was er über die Frage s. Z. ausgesprochen, lediglich seine Privatmeinung, nicht die Meinung des überwiegenden Teils seiner Berufsgenossen gewesen sei, worauf Malermeister Schindler erwiderte, er halte es für seine Pflicht, bei Gelegenheit auch in der ersten Kammer zum Ausdruck zu bringen, daß ein großer Teil der württemb. Handwerker für die Aufhebung des Paragr. 100 q sei. Von seiner Ueberzeugung werde er aber deshalb nicht abgehen. Der Vorsitzende erklärte sich unter Zustimmung der Versammlung von dieser Erklärung befriedigt. Am Schluß der Versammlung wurde eine Resolution im Sinne der Ausführungen der Referenten angenommen und an Regierung und Stände die Bitte ausgesprochen, daß sie Schritte zur Aufhebung des Paragr. 100 q tun möge. Mit einem Hoch auf das deutsche Handwerk und das deutsche Vaterland wurde die Versammlung geschlossen.

Außerordentlicher deutscher Arztetag.

in Berlin, 17. April.

Unter überaus zahlreicher Beteiligung trat heute hier im Kaiserpalast des „Reichsgoldes“ ein außerordentlicher deutscher Arztetag zusammen, um zu dem Entwurf einer Reichsversicherungsordnung nochmals Stellung zu nehmen. Es waren 350 ärztliche Vereine durch 491 Delegierte mit 2710 Stimmen vertreten. Dr. Streffer (Weißig) referierte über „den neuen Entwurf einer Reichsversicherungsordnung“. — Hierzu lag folgender Antrag des Geschäftsausschusses vor:

Der am 17. April in Berlin verammelte außerordentliche deutsche Arztetag stellt fest, daß der dem Reichstag vorgelegte Entwurf einer Reichsversicherungsordnung in seinen Bestimmungen über die Ordnung des kassenärztlichen Dienstes die seit langen Jahren immer wieder einmütig erhobenen Forderungen der im Deutschen Ärztevereinsbunde organisierten 24.000 Ärzte unberücksichtigt läßt. Er erkennt in der geplanten Errichtung getrennter Vertragsausschüsse für jedes kassenärztliche System die Gefahr, daß in die Einigkeit der Ärzteschaft Breche gelegt, die ärztliche Organisation ausgegliedert und vermindert wird, und so die Ärzte wehrlos gemacht und der unbeschränkten Herrschaft der Kassenverwaltungen ausgeliefert werden. Eine Ordnung der Arztfrage, die selbstständigen Sonderverbänden ihre Fürsorge zuwendet und sogar Wortbrüchige den vom Staate eingesetzten Ehrengerichteten entzieht, dafür aber aber das jedem freien Berufse ausübenden Koalitionsrecht bestreift, lehnt der Arztetag entschieden ab. Eine solche Ordnung ist nicht geeignet, den von allen Seiten und nicht zuletzt von der deutschen Ärzteschaft im Interesse aller sozialen Fürsorgeeinrichtungen als unbedingt notwendig anerkannten Frieden zwischen Ärzten und Krankenkassen herbeizuführen, sondern nur allzu sehr dazu ansetzt, den Krieg zwischen Kassen und Ärzten zu verschärfen und zu verewigen und dazu nach Kampf und Streit der Kassen untereinander zu entfachen. Immer und immer wieder hat der deutsche Arztetag seine maßvollen und gut durchführbaren Forderungen einmütig aufgestellt. Sie sind ein untrennbares Ganzes und müssen es bleiben. Immer und immer wieder hat der deutsche Arztetag gesagt, wie leicht man durch ihre Erfüllung im Rahmen des Gesetzes eine glückliche Lösung der Kaiserfrage und dauernden Frieden zwischen Ärzten und Versicherungsorganen herbeizuführen kann. Er will auch bis in die letzte Stunde an dem Veruche einer friedlichen Regelung festhalten, und beauftragt deshalb seinen Geschäftsausschuss, dem Reichstag sofort die von ihm als unbedingt notwendig anerkannten Änderungen des Entwurfes mit Begründung zur Berücksichtigung zu unterbreiten; und er erwartet, daß die Gesetzgebung, nachdem sie dem Arztetag mit seinen Berufsnöwendigkeiten seit Beginn der sozialen Gesetzgebung als unbedeutlich beiseite gelassen hat, nunmehr endlich seinen Forderungen die gesetzliche Anerkennung verschafft. Der deutsche Ärztevereinsbund erklärt nochmals feierlich, daß er jedem Veruche, die Einigkeit der Ärzte zu untergraben, ihre Koalitionsfreiheit anzutasten und Schutzmahregeln für Schädlinge des Standes zu treffen, den äußersten Widerstand entgegenzusetzen wird. Leiden dann Sozialversicherung und Versicherte Not, fällt allein der Gesetzgebung die Verantwortung dafür zu. So ruft heute in der Stunde der Not und Gefahr der deutschen Ärzteschaft von neuem die Ärzteschaft auf, in festem Zusammenhalt die Waffen der Selbsthilfe bereit zu halten, und er beauftragt seine wirtschaftliche Abteilung, den Leipziger Verband, diejenigen Maßnahmen scharfsten zu ergreifen und durchzuführen, die dem ärztlichen Stande die Freiheit seiner Berufsausübung auf jeden Fall zu gewährleisten und die ihm gebührende Stellung den Krankenkassen gegenüber zu sichern geeignet sind.

Der Referent Dr. Streffer konstatierte, daß über den Entwurf keine allgemeine Freude aufkomme. Von vornherein ist gegenüber allen Deutungen feierlich zu erklären, daß unsere Lüder Beschlüsse in ihrer Gesamtheit, und sie ausschließlich die Grundlage unserer Forderungen bilden. Nur mit Belämmern können wir feststellen, daß auch der zweite Entwurf trotz mancher Anläufe sich nicht freimacht von Mißtrauen gegen einen Stand, das dieser durch seine Leistungen nicht verdient zu haben glaubt. (Lebhafte Zustimmung.) Die von uns vorgeschlagenen Änderungen des Entwurfes enthalten jede erdenkliche Sicherung aller Beteiligten. Wir wollen nicht angewiesen sein auf das Wohlwollen der Behörden, die sich durch Verständnis für unsere Lebensbedingungen unser Vertrauen in nur sehr geringem Umfange erworben haben. (Sehr richtig!) Wir lehnen alle Bestimmungen, nach denen die Verwaltungsbehörden aus dem Gesetze machen können, was sie wollen, mit Entschiedenheit ab. Solchem Vorgehen gegenüber befindet sich die Ärzteschaft in der Notwehr. (Beifall.) Der Redner geht dann auf die einzelnen Bestimmungen ein, die für die Ärzte in Betracht kommen und erklärt unter anderem: Wir wollen nicht das Vergnügen haben, zu sehen, daß Kreisgesundheitsinspektoren, Apothekenbesitzer, fürstlich bezahlte Dr. Osterbergringente, glänzende Bühnensterne heiderlei Geschlechts, ja sogar vorortende Räte im Kultusministerium zu uns kommen und sich dann als Mitglieder einer Krankenkasse ausweisen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Angriffe auf unsere Organisation bedeuten eine Gefährdung des Friedens zwischen Kassen und Ärzten, den wir erstreben zum Heile des Vaterlandes. Möge eine gerechte Gesetzgebung uns hierin unterstützen, möge sie durchbringen zu dem klaren Verständnis eines freien akademischen Berufes, der seine Interessen vertreten muß trotz seiner sittlichen Würde. (Anhaltender Beifall und Handklatschen.)

In der folgenden Diskussion wurde den Ausführungen des Redners allgemein zugestimmt. Zwei Vertreter aus Württemberg und Hochum Dr. Beckhaus und Dr. Sauberg vertreten dagegen den Standpunkt, daß den Bestrebungen zur weiteren Einführung der freien Arztwahl zu widersprechen sei. Die Ausführungen dieser beiden Herren fanden lebhaften Widerspruch.

Schließlich wurde die oben mitgeteilte Resolution mit allen gegen drei Stimmen angenommen und hierauf der Arztetag geschlossen.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 18. April 1910.

45. Sitzung der Kreisversammlung.

II.

Geschäftsbericht des Kreisamtes.

Der Vorsitzende des Kreisamtes, Rechtsanwalt König, ergänzt den gedruckten Bericht und bepricht verschiedene Fragen, die die Ausschüsse des Kreises im verflochtenen Jahre beschäftigten. Bei der Arbeitslosenversicherung vertritt der Redner die Ansicht, daß diese Frage nicht von den Kreisen mitgelöst werden könnte. Die Neubauten der Kreiswinterschule und des Kreis-erziehungshauses in Lobenburg seien geradezu ideal ausgefallen.

Stadtrat Ping bedauert den scharf abgelehnten Standpunkt des Kreisamtes in der Frage der Arbeitslosenversicherung. Er stehe auf dem Standpunkt, daß der Kreis sehr wohl an der Lösung dieser Frage mitwirken könne. Rechtsanwalt König stellt fest, daß die Kürze mit der der gedruckte Bericht sich mit der Frage der Arbeitslosenversicherung abfindet, Absicht war. Redner vertritt wiederholt seinen abgelehnten Standpunkt.

Die landwirtschaftliche Kreiswinterschule Lobenburg.

Ohne Debatte wird folgender Antrag des Kreisamtes einstimmig angenommen: „Die hohe Kreisversammlung wolle in den Kreishaushalt (Pos. 12) „Landwirtschaftliche Kreiswinterschule“ aufnehmen: a) den ordentlichen Kreisbeitrag für die Schule mit M. 5.855,92, b) den Kreisbeitrag für Schülerprämien mit M. 250, c) den Kreisbeitrag für den neuen Obgarten mit M. 494,76, d) mit Rücksicht auf eine eventuelle Erhöhung des allgemeinen Aufwandes M. 90,32, Gesamtsumme M. 6.590.“

Die Förderung des Obst- und Gemüsebaues.

Aus der Mitte der Versammlung wird die Anregung gegeben, einen zweiten Obstbaumwart in Weinheim anzustellen. Die Anregung wird zur Kenntnis genommen. In der darauffolgenden Abstimmung wird folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die hohe Kreisversammlung wolle zur Förderung des Obst- und Gemüsebaues im Kreise Mannheim in den 1910er Kreisvoranschlag unter Pos. 18 einstellen: a) für Obstbau M. 3.700, b) für Gemüsebau M. 300, zusammen M. 4.000.“

Die Versicherungsanfrage gegen Hagelschlag.

Stadtrat Weinger begrüßt einen Antrag, nach dem nur diejenigen, die nicht über 100 M. Hagelversicherungsprämie bezahlen, den Zuschuß von 40 Prozent vom Kreise erhalten sollen. Der Redner will mit diesem Antrag verhandeln, daß der Zuschuß des Kreises, der gegen voriges Jahr um 2500 M. höher ist, noch weiter answillt, die reichen Grundbesitzer drängen diesen Zuschuß nicht. Ebenso gut könnte man verlangen, daß auch armen Mannheimer Kaufleuten und Gewerbetreibenden ein Zuschuß zu ihrer Feuerversicherung gewährt werde. Bürgermeister Ding-Ebinger wendet sich gegen den Antrag des Vorredners. Die anderen sechs Kreise bezahlen durchweg mehr als der Mannheimer. In der darauffolgenden Abstimmung wird folgender Antrag des Kreisamtes mit großer Mehrheit angenommen: „Die Kreisversammlung wolle 1. genehmigen, daß für jeden kreisangehörigen Versicherten der in den Staatshagelversicherungsfond für 1910 zu leistende Beitrag von 40 Proz. der Retrosivprämie aus höchstens M. 100 Retrosivprämie im ganzen Beitrag auf die Kreiskasse übernommen wird, 2. unter Position 14 der Ausgaben des Voranschlags für 1910 M. 5000 einstellen.“ Der Antrag Weinger ist damit abgelehnt.

Die Förderung der Viehzucht.

Ohne Debatte wird folgender Antrag des Kreisamtes einstimmig angenommen: „Die beantragten, zwecks Förderung der Viehzucht im Kreise Mannheim den Betrag von M. 4500 unter Pos. 15 des Kreisvoranschlags für 1910 einzustellen.“

Die Förderung des Unterrichtes in weiblichen Handarbeiten und Ausbildung von Arbeitslehrerinnen.

Folgender Antrag wird ohne Debatte einstimmig angenommen: „Wir stellen den Antrag, zur Förderung des Unterrichtes in weiblichen Handarbeiten sowie zur Ausbildung von Arbeitslehrerinnen, wie im Vorjahr, wieder den Betrag von M. 1000 in den Voranschlag unter Position 16 einzustellen.“

Kochkurse und Haushaltungsunterricht.

Ohne Debatte wird folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die Kreisversammlung wolle, wie im Vorjahr, auch in den Voranschlag für 1910 zur Förderung der Kochkurse und des Haushaltungsunterrichtes M. 1500 aufnehmen.“

Unterstützung von Volk- und Schülerbibliotheken.

Hier liegt ein Antrag von Weinheim vor, den Beitrag für die Weinheimer Volksbibliothek auf 500 M. zu erhöhen. Rechtsanwalt König macht auf die Unzulässigkeit des Antrages aufmerksam. Nur dem Kreisamt steht das Recht zu, den von der Kreisversammlung bewilligten Gesamtbeitrag zu verteilen. Bürgermeister Ritter schließt sich diesen Ausführungen an. Der Antrag wird infolgedessen zurückgezogen und folgender Antrag des Kreisamtes einstimmig angenommen: „Wir stellen den Antrag, daß das Jahr 1910 zur Unterstützung von Volk- und Schülerbibliotheken M. 2200 in den Kreisvoranschlag unter Position 18 einzustellen.“

Unterstützungen zu sonstigen Unterrichtszwecken.

Folgender Antrag wird ohne Diskussion einstimmig angenommen: „Wir beantragen, unter Position 19 für Unterstützungen zu sonstigen Unterrichtszwecken in den Voranschlag aufnehmen: 1. Beitrag für die Mannheimer Handelsfortbildungsschule M. 1000, 2. Beiträge für die Weinheimer und Schwelinger Handelsschulen je M. 200 gleich 400, 3. bezugs Bewilligung von Kreisbeiträgen: a) an Schüler der Mannheimer Handelshochschule 500 M., b) an Fachhüler (Wagenerwerk, Kunstgewerbe, Ingenieur-, Berufsbildner etc.) M. 1000, zusammen M. 4000.“

Landarmenpflege.

Ohne Debatte wird folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die beantragten, die Kreisversammlung wolle zur Beilegung des Landarmenaufwandes im Jahre 1910 die Summe von M. 103.000 genehmigen.“

Verpflegung armer Augenkranker.

Nach einer kurzen Anregung des Rechtsanwalts König wird folgender Antrag des Kreisamtes einstimmig angenommen: „Die Kreisversammlung wolle 1. genehmigen, daß der Betrag mit der Krankenkassenkommission Heidelberg unter Be-

rücksichtigung der Erhöhung des Verpflegungsplanes auf M. 230 vom 1. Jan. 1911 ab erneuert wird, 2. für Verpflegung armer Augenkranker im Jahre 1910 M. 2000 bewilligen.“

Fürsorge für Wöchnerinnen und deren Angehörige.

Ohne Debatte wird folgender Antrag einstimmig angenommen: „Wir stellen den Antrag, für das Jahr 1910 die Summe von M. 4500 zur Fürsorge für Wöchnerinnen und deren Angehörige in den Kreisvoranschlag einzustellen.“

Unterstützung gemeinnütziger Anstalten.

Folgender Antrag wird ohne weiteres einstimmig angenommen: „Wir stellen den Antrag, die hohe Kreisversammlung wolle den nachgenannten gemeinnützigen Anstalten die beigefügten Beträge als Kreisbeiträge für das Jahr 1910 bewilligen: 1. der Arbeiterkolonie Antenbud M. 250, 2. dem Verband badischer Arbeitsnachweise in Karlsruhe M. 300, 3. der städtischen Zentralanstalt für unentgeltlichen Arbeitsnachweis in Mannheim 1200, 4. der städtischen Anstalt für unentgeltlichen Arbeitsnachweis in Weinheim M. 300, 5. dem Fürsorgeheim Mannheim-Neckarau M. 300, 6. der Erziehungs- und Pflegeanstalt für Geisteschwache in Rosbach M. 400, 7. der Heil- und Pflegeanstalt für Epileptische in Karl M. 300, 8. dem Blindenheim in Mannheim M. 500, 9. dem Krüppelheim in Heidelberg M. 1000, 10. dem Hilfsverein für entlassene Gefestranke im Großherzogtum Baden in Fleinan M. 50, Summa M. 4500.“

Kreispflegeanstalt Weinheim.

Bürgermeister Ehrert-Weinheim würdigt unter Hinweis auf das diesjährige 25jährige Bestehen der Kreispflegeanstalt Weinheim die Verdienste von vier Beamten, die 25 Jahre in der Anstalt tätig sind, des Direktors August Pietzsch, des Anstaltsarztes Dr. Gustav Mittelstraß, des Oberwärters Adam Becker und der Oberwärtlerin Katharina Bärtle. Redner konstatiert ebenfalls, daß die Klagen über die in der Anstalt verabschiedete Kost unbedeutend sind. In der darauffolgenden Abstimmung wird folgender Antrag des Kreisamtes einstimmig angenommen: „Die Kreisversammlung wolle bewilligen und in den Kreisvoranschlag für 1910 aufnehmen: a) für den Betrieb der Anstalt einen Zuschuß von M. 31.858, b) für die Brunnenanlage M. 1685, c) für die Aufzucht von 4 Kuchenschweinen M. 1200, zusammen M. 34.743.“

Kreiserziehungsanstalt Lobenburg.

Handwerkskammersekretär Hausher bemerkt, es sei außerordentlich erfreulich, daß bei dem Bau des Kreis-erziehungshauses der Voranschlag nicht übergriffen worden sei. Er möchte aber in Zusammenhang damit darauf hinweisen, daß in den Kreisen des Gewerbestandes eine gewisse Mißstimmung dadurch entstanden sei, daß die Manufakturarbeit einem Gewerbetreibenden übertragen worden sei, der außerhalb Badens wohne. Diese Mißstimmung habe eine Verschärfung durch die Tatsache erfahren, daß bei Arbeiten außerhalb Badens badische Gewerbetreibende bei Vergütung von Arbeiten dieser Art fast niemals berücksichtigt würden. In seiner Befriedigung habe er erfahren, daß beim Bau der Kreiswinterschule ausschließlich badische Gewerbetreibende berücksichtigt worden sind. Er möchte bitten, für spätere Fälle an diesem Grundsatz festzuhalten, wenigstens solange, als außerbadische Behörden das Prinzip der Gleichberechtigung nicht anerkannt. G.-R. Günther-Lobenburg stellt fest, daß das Angebot des Manufakturmeisters — er ist in Weinheim ansässig — von vornherein so bedeutend niedriger als dasjenige der anderen Submittenten war, daß dem Mann die Arbeit übertragen werden mußte. R.-A. König bemerkt, in einer weltumspannenden Handels- und Industriestadt wie Mannheim dürfe man einen so engbegrenzten Gesichtspunkt nicht aufstellen. Wenn von anderen Staaten in dieser Beziehung Fehler gemacht würden, dürfe man sie doch nicht nachahmen. Für den Kreishaushalt gebe es bei der Vergütung von Arbeiten keine Hessen, Württemberger etc., sondern nur Deutsche. Glasermeister Pamerbin schließt sich den Ausführungen Haushers an und bittet, daß in Zukunft nur an Kreisinsassen Arbeiten der Kreisverwaltung vergeben werden. Handwerkskammersekretär Hausher bemerkt, im Prinzip könne man mit den Ausführungen König einverstanden sein. Solange aber von anderen Staaten das Gegenleistungsprinzip nicht anerkannt werde, sollte der Kreis Mannheim keine Ausnahme machen. In der darauffolgenden Abstimmung werden einstimmig als Kreisbeiträge M. 31.858 bewilligt.

* Die Kirchenblüte von Freinsheim, Samsheim und Weissenheim a. S. war am gestrigen Sonntag ebenfalls das Ziel vieler Tausende. Mit Wind und Regen gegen die Bewohner der weiteren Umgebung am Nachmittage aus, um die Kirchenblüten in ihrer Blütenpracht zu sehen. Es ist ein herrlicher Anblick, den die unzähligen blühenden Kirchbäume bieten, die Kette mit dichten weissen Blütenbällen bedeckt. Und zwischen den Reihen der Kirchbäume lugen aus dem Wäldchen verstreut kleine Gruppen junger glühender Kirchbäumchen hervor. Ein einzigartiger Anblick. Besonders bei Weissenheim ist das Panorama der blühenden Natur durch die leichten Wäldchenwäldchen ein ungemein prächtiges. Der harte Verkehr machte sich besonders bei der Rückfahrt nach den heimlichen Veneten geltend, wo sich gegen Abend auf den Bahnhöfen eine kolossale Menschenmenge haute. In Samsheim waren die aus der Kirchengänge ankommenen Hügel schon fast besetzt, so daß man froh sein mußte, ein Stelldächchen zu bekommen. Sogar der Bahnwagen mußte zur Personenbeförderung herhalten. Bei all diesen Kolossalitäten sah man jedoch überall nur friedliche Gesichter. Eine Musikkapelle ließ es sich nicht nehmen, trotz der dringenden kirchlichen Dinge des Festtagsabends 4. Klasse den Fahrgästen einen Choralchorus zu spielen. Trotz der einträglichen Ertragslage konnte die Eisenbahnverwaltung den enormen Verkehr nur schwer bewältigen.

* Das Gemeindevorrecht der Frauen in Baden. Die Arbeit der Frauen in der Gemeinde gehört zu den wertvollsten Erwerbsarten einer modernen Zeit. Gerade Mannheim war auf diesem Gebiete vorbildlich in ganz Deutschland; Armen- und Schulkommission haben Frauen zur Mitarbeit herangezogen, Gerichte die Kommission für den städtischen Arbeitsnachweis, für die höhere Mädchen- und für die Handelsfortbildungsschule. Nun haben die organisierten badischen Frauen auch um das Gemeindevorrecht rechtlich petitioniert. Die Kommission der zweiten badischen Kammer hat den Voranschlag zwar abgelehnt, aber mit der geringen Majorität von 8 zu 7 Stimmen. Ihrem lebhaften Wunsch, in der Gemeindevertretung Sitze und Stimme zu haben, wollen die Frauen nun lauten Ausdruck geben. Die Abteilung Mannheim des Deutschen Frauenbildung-Frauenstudium veranstaltet kommenden Mittwoch, 20. d. Mts., abends 7/9 Uhr, in der Loge Karl zur Eintracht zu diesem Behufe eine öffentliche Versammlung, zu der jedermann eingeladen ist.

* Beim Einbruch erregt. Als das Dienstmädchen des Wirtes zur Weinschänke, gestern abend kurz nach 8 Uhr die Weinschänke für den im 3. Stock gelegenen Wohnung ihres Dienstherrn öffnen wollte, fand sie, daß ein oder mehrere Diebe versucht hatten, das Schloss herauszuknicken und die Türe zu öffnen. Sie hat man sie gemüßigt zu öffnen versucht hatte. Das Mädchen benutzte sofort den Wirt und als dieser die Treppe hinaufkam, sprach ein junger Mensch, ohne daß er ihn zu fassen vermochte, an ihm vorbei die Treppe hinunter. Er nahm sofort die Fahrgäste dem Einbrecher auf, der sich beim Kommen des Dienstmädchens in den Korb verdeckt hatte. Der Dieb sprach durch die Fensterläden auf das Wirtes der Hofbahn, von da nach der Weinschänke. Ein

Schumann hatte die Jagd bemerkt und nahm nun auch seinerseits die Verfolgung des Hähnelchens auf und beide führten ihn dann am Ende der Rheinpromenade. Der Beschäftigte ist Heizer von Beruf. Später wurde noch ein zweiter Mann, ein Kellner, verhaftet, der an dem Einbruchversuch beteiligt gewesen sein soll. Dieser leugnet aber, an der Tat beteiligt gewesen zu sein; der andere ist gefangen. Bereits am Donnerstag fand der Wirt auch die Schloffer zweier Keller in seinem Hause erschossen, ohne daß jedoch ein Diebstahl bemerkt wurde.

Ans Ludwigshafen. In zwei Wirtschaften der Gemalhofstraße entstanden gestern Abend St. eizigkeiten, wobei von dem Kessler Gebrauch gemacht wurde. Die Verletzten wurde in das städt. Krankenhaus gebracht, die Täter verhaftet.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Neues Operetten-Theater.

Die man Männer fesselt. (Premiere.)

Als ob dies die Damen nicht selbst am besten wüßten und von der Bühne herunter noch besonders gesagt werden müßte! Aber trotzdem kann man dieses neueste Stück der beiden Schaufabrikanten S. Gordon und F. Steyer einmal über sich ergehen lassen. Es ist noch Art der Pariser Schwänke fabriziert, steht diesen aber in bezug auf Plauterie und Hebrucksigkeiten diametral gegenüber. Statt der niedlichen französischen Kammerläschen, der Demimonde etc. steht hier eine anständige, beinahe fast zu anständige Frau im Vordergrund der Handlung, die ihren Mann heiß und innig liebt, aber niemals über den Zärtlichkeitsgrad eines Kusses hinausgeht. Sie ist hierzu zu anständig erzogen. Schon den zweiten Akt verwehrt sie ihrem Mann, der durch diese Gefühlsfälle seiner Frau wieder in die Arme seiner früheren Geliebten, einer Parfümierserin, fällt. Im ersten Akt des Schwantes sehen sich zwei Nebenbuhler gegenüber, der zweite Akt spielt sich im Bonbois der Parfümierserin ab. Der dritte Akt vereinigt die beiden Gesanten in jählicher Liebe und anstelle der bisherigen getrennten ist nun ein gemeinsames Schlafzimmer getreten. Man kann mit Ruhe den ganzen Gang des Schwantes verfolgen, ohne irgendwie spottet zu werden. Dons Montius interpretierte die Rolle des Barons Henry sehr gut. Das gleiche kann auch von Leonore Böllinghoff gesagt werden, die ihre Partie restlos erschöpfte. Ellen Holland war als Ninette eine ganz vorzügliche Lehrmeisterin. Von einem literarischen Gehalt des Stückes ist natürlich keine Rede. Es ist vielmehr eine Eintagsfliege; man sieht und hört gerne und — geht dann zur Tagesordnung über. Während der Weisfall noch dem ersten Akt nur etwas schicktern war, war er nach Schluß des zweiten und dritten Aktes entschieden stärker, so daß die Künstler einigemale vor der Dampfer erscheinen konnten. Das Haus war verhältnismäßig gut besetzt. Die gute Aufnahme des Schwantes ist nicht zuletzt auf das vorzügliche Ankommenpiel des Künstlerensemble zurückzuführen. F. K.

Vom Tag zu Tag.

- Eine Liebestragödie. München, 18. April. Ein 19jähriger Gymnasist, Sohn eines Ungelehrten, schloß in der Wohnung seiner Geliebten, einer 16jährigen Tochter eines Zigarrengeschäftes, auf diese und Johann auf sich selbst. Beide wurden lebensgefährlich verletzt.
- Vom Blitze getroffen. w. Trier, 16. April. In Ochtersbach wurden während eines Gewitters 2 Mädchen im Alter von 18 und 19 Jahren auf freiem Felde vom Blitz getroffen und lebensgefährlich verletzt.
- Vom Bliz getötet. w. Kreuznach, 16. April. In Wahlhausen wurde der Wineser Knuth im Weinberge von dem Bliz erschlagen.
- Attention auf einen Bergungsdampfer. Berlin, 18. April. Auf einem vollbesetzten Ausflugsdampfer wurden gestern in der Nähe von Schmiedewitz von Lande aus mehrere Schüsse abgegeben, wodurch eine Berlinerin tödlich am Kopfe verletzt wurde. Von dem Täter fehlt noch jede Spur.

Badischer Landtag.

W. Karlsruhe, 18. April.

Der Präsident eröffnete kurz nach 4.15 Uhr die Sitzung. Am Regierungstische sind anwesend: Ministerialdirektor Müller und Ministerialrat Schellenberg. Auf der Tagesordnung steht 1. Fortsetzung der Beratung (Spezialberatung) über den Gesetzentwurf die Abdänderung des Einkommen- und Vermögenssteuergesetzes betr., Berichterstatter: Abg. Wittenmann. 2) Mündlicher Bericht der Budgetkommission und Beratung über den Gesetzentwurf über das Wohnungsgeld vom 10. Juni 1902 betr., Berichterstatter Abg. Will. 3) Mündlicher Bericht der Petitionskommission und Beratung über den Antrag der Abg. Rober und Gen. das Einführungs-gesetz betr., Berichterstatter Abg. Löber. Sekretär Abg. Odenwald gibt dem Hause die Eingänge bekannt. Hieraus wird in die Tagesordnung eingetragen. Bei Punkt 1 wird sofort die Abstimmung über den Pen-tramsantrag, die Aenderung des Tarifs betr., vorgenommen. Dieser Antrag wird mit 17 gegen 24 Stimmen abgelehnt, der Kommissionsantrag wird mit sämtlichen gegen 2 Stimmen angenommen. Darauf wird die Spezialberatung geschlossen. Die namentliche Abstimmung über das ganze Gesetz ergab die einstimmige Annahme. Dann wird eine Abstimmung vorgenommen über die Petition des Fabrikantenvereins Mannheim. Punkt 1 wird abgelehnt, Punkt 2 und 3 werden der Regierung als Material überwiesen. Zu Punkt 2 der Tagesordnung erstattet Abg. Will den Bericht der Budgetkommission über den Gesetzentwurf die Abdänderung des Gesetzes über die Wohnungsgelder vom 10. Juni 1902 betr. — Die Sitzung dauert fort.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

* Redargemünd, 18. April. Großes Aufsehen erregte heute die Verhaftung des hiesigen Bürgermeisters, angeblich wegen Verfehlungen perboter Art. Der Bürgermeister ist 64 Jahre alt und Junggeselle. Bürgermeister Steinbrunn, der erst ein halbes Jahr den Posten eines Bürgermeisters in Redargemünd befehlt, hatte es verstanden, sich während seiner kurzen Tätigkeit das Vertrauen der Redargemünder Bürgerschaft zu erwerben. Er kam von Konstanz, wo er im hiesigen Dienst tätig war und in infolge seiner Tätigkeit und der Empfehlungen, die ihm zur Seite standen, von der Gemeinde Redargemünd fast einstimmig zum Bürgermeister gewählt worden.

* Grenobler, 18. April. In einer gestern Abend abgehaltenen Wählerversammlung entwickelte der republikanische Kandidat Bürgermeister Vallet sein Programm als

er plötzlich zusammenstürzte. Ein Herzschlag hatte dem Leben des 72jährigen Mannes ein Ende gemacht.

* Wiesbaden, 18. April. Heute vormittag wurde hier in Gegenwart von etwa 6000 Besuchern des In- und Auslandes der 27. Kongress für innere Medizin eröffnet. Den Vorsitz führt Geheimrat Professor Dr. Kraus-Berlin, der sich nach einleitenden Begrüßungsworten über die allgemeinen Aufgaben des Kongresses verbreitete.

* Posen, 18. April. Gestern Abend tötete der 20jährige Desinfektionslehrling Ryszczak Wessert die 17jährige Köchlerin Antonie Krzywanik, mit der er ein Liebesverhältnis unterhielt, durch einen Schuß in den Rücken. Darauf erschoss er sich selbst.

Schwere Gewitter.

m. Köln, 18. Aug. (Veto-Tele.) Die gestern und vorgestern am Niederrhein niedergegangenen schweren Gewitter haben in einzelnen Weinbergen großen Schaden angerichtet und verhältnismäßig Unglücksfälle im Gefolge gehabt. Bei Weibhausen arbeitete eine Frau mit ihrem 14jährigen Sohn im Weinberge, als ein Hagelsturm niederbrach, den Sohn tötete und die Mutter lahmte. Ein in der Nähe arbeitendes Mädchen wurde vor Schreden der Sprache verbannt. Bei Schneidorel wurde gleichfalls ein auf freiem Felde arbeitender Bauer erschlagen.

Außerordentliche Generalversammlung des Bundes der Industriellen.

* Berlin, 18. April. Der Bund der Industriellen hielt heute vormittag unter dem Vorsitz des Geh. Kommerzienrats Wittich eine außerordentliche Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand die Wänderung der Satzungen und Vorstandswahl. Syndikus Dr. Schneider-Berlin hielt einen Vortrag über die Gewerbeordnungsnoewe.

Eine revolutionäre Militär-Organisation entdeckt.

m. Petersburg, 18. April. (Priv.-Tele.) Ueber die Aufdeckung einer neuen großen revolutionären Militärorganisation wird der Öffentlichkeit großes Stillschweigen bewahrt, namentlich wurde angedeutet, daß die Partei von dem geplanten Attentat auf die kaiserliche Familie nicht erfahre, weil die Kräfte das Schlimmste angeht die Fronteinsatzhandes der Partei beizubehalten. Bis her wurden 12 hohe Militärs und Staatsbeamte, darunter einige aus der direkten Umgebung des Zaren verhaftet. Zahlreiche Dokumente wurden beschlagnahmt.

Abg. Bassermann über die politische Lage.

Auf Einladung des Wahlvereins der nationalen Mittel-parteien in Erfurt sprach am Donnerstag Abend Reichstagsabgeordneter Bassermann über die gegenwärtige politische Lage. Die Versammlung war so gut besucht, daß die Säle der „Karthause“ schon lange vor Beginn überfüllt waren. Bassermann beleuchtete die Veränderung des politischen Bildes im Deutschen Reich, wie sie durch die Auflösung des liberal-konservativen Blocks hervorgerufen wurde, und führte unter anderem aus:

Wir haben heute Massendemonstrationen und eine Politif der Strafe, wie wir sie bisher in deutschen Landen nicht ge-wohnt waren, und in einem Umfang, daß die Aufmerksamkeit der In- und Auslandes dadurch erregt wird. Mit der Ab-lehnung der Reichserbschaftsteuer und der Annahme der Reichsfinanzreform, wie sie Zentrum und Konservative zu-fande brachten, beginnt eine Periode tiefgehender Un-gewissenheit. Eine solche Politif, wie sie sich in dieser Reichs-finanzreform und in der preussischen Wahlrechtsvorlage ver-körpert, erzeugt Gegenströmungen, die schließlich nur der Sozialdemokratie zugute kommen.

Wenn man nach der fruchtlosen Blockpolitik Bülow's heute auf die Verelendung der Politif schaut, so möchte man glauben, daß, wenn einmal der aus den nächsten Wahlen hervorgehende Reichstag mit seiner neuen Mehrheit in Funktion getreten ist, in deutschen Landen die Sehnsucht nach der Bülow'schen Blockära erweckt wird. Man wird sehen, daß es unmöglich ist, den Liberalismus aus-zuschalten. (Lebhafte Beifall.) Die preussische Wahlreform, die ja den Reichstag nichts angeht, verursacht weit über Preußens Grenzen hinaus eine große Bewegung, weil sie die geheime Wahl nicht gebracht hat.

Nach den Blockwahlen lag die Sozialdemokratie am Boden und ich erinnere mich sehr wohl, wie kleinlaut die Herren waren, als wir uns 1907 wieder im Reichstoge zusammen-fanden. Bülow war bei der Behandlung der Sozialdemokratie gefehlt vorgegangen. Er war ein Feind brutaler Volksei-nahregeln. Aber er war andererseits ein Meister des Wortes und wenn Sie die Reden durchschältern, die er im Laufe der Jahre gegen die Sozialdemokratie gehalten hat, so werden Sie sehen, mit wie glänzender Rednerbegabung er das Schwert gefehrt hat mit dem alten Führer der Sozialdemokratie, Herrn Bebel. Er hat die volle Wohlheit des sozialdemokratifischen Programms im deutschen Parlament dar-gelegt. Das Resultat war, daß die Zahl der sozialdemokratifischen Abgeordneten auf die Hälfte reduziert wurde. Und heute? Wenn man die Zeitungen liest, erfährt man, daß die Sozialdemokraten sich wieder als Herren der Situation fühlen. Ein solcher Wandel in so kurzer Zeit, das ist doch der beste Beweis dafür, daß die heutige Politif fehlerhaft ist, und daß die frühere besser war.

Die Behauptung, die Nationalliberalen seien in einem Abmarich nach links begriffen, ist törichtes Gerüde. Dagegen ist der Rechtsabmarich der Konservativen fest-zustellen. Der Liberalismus ist heute in einer schwierigen Lage, und darunter leidet naturgemäß auch die national-liberale Partei, weil viele Elemente sich der radikaleren Ver-treterung der Sozialdemokratie zuwenden. Die Legende von dem Block zwischen Bassermann und Bebel wurde schon oft zurückgewiesen. Wir denken gar nicht daran, ein solches Bündnis einzugehen. So stehen die Liberalen zwischen zwei Feuern. Das ist eine Mahnung zur Tätigkeif, eine Mahnung zu energischer Ar-beit für den Liberalismus, vor allem für die nationalliberale Partei. Es ist keine lange Zeit mehr, die uns trennt von den Neuwahlen. Es gilt, diese Zeit zu nützen, die Organi-sation auszubauen, sich der Gefahr, in der wir schwe-ben, bewußt zu werden.

Berliner Prahtbericht.

(Von unserem Berliner Bureau. Entbehter Wärd.)

7] Berlin, 18. April. Aus Bielefeld wird gemeldet: In der nun volle 6 Jahre zurückliegenden Fabian'schen Nochwade, über die wir kürzlich berichteten, haben die unentbehrlichen An-strangungen des Gerichts zu einem vollen Erfolg geföhrt. Die Gelesente Kraam haben ein offenes Geständnis abgelegt. Do-nach hat der Gemann Kraam am 12. April 1904 den alten

Fabian mit einem eisernen Kochtopf erschlagen und die Leiche dann begraben. Die Gelesente Kraam leugnete anfangs hart-näckig jede Teilnahme an der Tat. Es gelang aber schließlich, zu-nächst die Frau, die ziemlich unbedeutend ist, zu einem Geständnis zu bringen. Die Frau, die übrigens 7 Kinder hat und ein aartes erwarlet, brach schließlich völlig zusammen und erzählte folgendes: Der alte Fabian hatte am demnachten 11. April 1904 wieder ein-mal beim Mittagessen genödgelt und Streit geföhrt. Schließlich sei ihr Mann so in Wut geraten, daß er einen zufällig dahergehenden Knäppel genommen und dem alten Fabian damit auf den Kopf geschlagen habe. Fabian sei sofort tot umgefallen. Schließlich begueime sich auch Kraam zu einem vollen Geständnis. Er gibt an, er habe am dem feanlichen Tage zum Mittagessen Eierkuchen geöhrt. Der alte Fabian habe seinen Anteil verzehrt und ih-r dann noch seinen Anteil weggenommen. Hierüber sei er so in Wut geraten, daß er mit einem Kochtopf, der zufällig da stand, dem Fabian eine verfehlt habe. Fabian sei vom Stuhl gefallen und sei tot gewesen. Er habe die Leiche in die Kammer getragen und sie dort bis zum Abend verborgen. Am Abend sei er auf das Feld gegangen, habe eine tiefe Grube gegraben und die Leiche dort ver-scharrt.

Die Todesfahrt des Ballons Delijsh.

□ Berlin, 18. April. Im Hotel Kaiserhof in Bitter-feld findet heute eine Sitzung des Vorstandes des hiesigen Luftflottenvereins statt, in der die nach Reichensachsen ent-sandte Untersuchungskommission, an der auch Otto Luft, ein Bruder des verunfallten Führers Karl Luft, teilnahm, über den objektiven Befund der Unfallstelle Bericht erstatten wird. Es steht durchaus noch nicht fest, ob der Witz den Ballon oder die Mitfahrenden getroffen hat. Die Befichtigung der Reste der Ballonhülle und der Toten selbst hat für eine solche Annahme noch keinen Anhalt gegeben. Man sieht noch immer

vor einem Rästel.

Der Ballon, welcher am Samstag überhaupt erst seine zweite Fahrt machte und nächsten Sonntag seine feierliche Laufe und Einweihung erhalten sollte, ist nicht versichert; damit hat den Verein ein erheblicher Verlust getroffen. Heute Abend hält der Verein, der 280 Mitglieder in Bitterfeld, Delijsh und den umliegenden Ortshschaften zählt, seine Generalversammlung ab in der es zu

kürnischen Debatten

kommen wird, weil die vor 3 Wochen erfolgte Erwerbung des Ballons „Delijsh“ nicht den ungeteilten Beifall der hiesigen Mitglieder gefunden hat. Auch wurde der Ballon gegen den Willen der hiesigen Mitglieder auf den Namen „Delijsh“ gekauft. In dem blutgetränkten Führerbuch des Führers Karl Luft, dessen Jubiläumsfahrt auch seine Todesfahrt geworden war, stand vermerkt, daß es eine Informationsreise über die Gebirgsalpen nach Mitteldeutschland werden sollte, wahr-scheinlich, um den zwei Inalassen, den Herron Leuchtering und Göder Gelegenheit zu geben, einer möglichst schwierigen Nebungsfahrt beizuwohnen, denn dieser Gebirgszug ist geo-graphisch eine Merkwürdigkeit und bietet den Luftschiffern stets Schwierigkeiten. Kördlich erbebt sich ein sehr langer Bergfegcl, der 760 Meter hohe Reihner, ein Punkt, an dem sich häufig schwere Gewitter zusammenziehen und ihm gegen-über südwestlich liegt der Triemberg, der eine Höhe von etwa 400 Metern hat. Die Luftschiffer kamen in das Gebiet des Berratales, wo sie zwischen 1 und 3 Uhr in ein

plötzlich aufgetretenes Gewitter

mit schnell aufeinanderfolgenden Entladungen gerieten. Von erfahrenen Piloten wird angenommen, daß der Ballon von diesen Luftströmungen erfaßt und in die Gebirgschlucht zwischen dem Reihner und dem Triemberg getrieben wurde. Ein Entwischen wurde durch die Luftströmungen, die zwischen diesen Bergfegeln herrschen, verhindert. Der Ballon mußte also die gefährliche Bahn nehmen. Es wird besonders ange-föhrt, daß bei einem Gewitter die Nähe der hohen Berge dieser Gegend gefährlich seien und dies besonders deswegen, weil die Luftschiffe bei den herrschenden Windströmungen absolut nicht vermeiden können. Die Gegend des Dorfes Reichensachsen hat stets unter Gewitter besonders stark zu leiden. Nach weiteren Feststellungen gewinnt es den An-schein, als ob der Witz nicht in den Ballon geschlagen ist, da man keine Brandstelle ermitteln konnte.

Der Kampf im Baugewerbe.

* Strahburg, 18. April. Die Folgen der großen Ar-beiterausperrung im Baugewerbe ließen sich in den letzten Tagen auch am hiesigen Bahnhofs beobachen. Größere Trupps von Italienern kamen von Bingerbrück und Ludwigshafen hier durch, um nach Babel weiterzufahren. Sie kamen zum Teil sogar aus dem niederrheinischen Industriegebiet und waren im Begriff, nach Italien zurückzuföhren, da sie in Deutschland brot-los zu werden fürchteten. Hier in Strahburg zeigt die Lage keine Veränderung. Auf den Bauten, deren Unternehmer sich von der Beteiligung an der Ausperrung ausgeschlossen hatten, wird auch heute weiter gearbeitet.

* Effen, 18. April. Die Ausperrung seitens der Unter-nehmer ist bis jetzt nur in beschränktem Maße erfolgt. In vielen Stellen der Stadt sieht man Bauten, an denen ge-arbeitet wird. Von 70 in Frage kommenden Unternehmern haben sich 30 mit etwa 400 Mann an der Ausperrung beteiligt. Die kleineren Geschäfte lassen durchwegs arbeiten.

* Wesel, 18. April. Am Freitag und Samstag wurde auch hier die Baubandwerker seitens der Bauunternehmer aus-geperrt. Die Ausperrung ist jedoch nur eine teilweise, da einige Bauunternehmer aus dem Arbeitgeberbunde ausgetreten sind und weiter arbeiten lassen unter den bis-herigen Bedingungen. Dieses hat zur Folge, daß z. B. die Ar-beiten am Neubau des hiesigen Gymnasiums und einiger Pri-vatbauten weiter fortgesetzt, dagegen die Arbeiten am Neubau der katholischen Volkshule und dem Hauptkamingebäude ein-gestellt werden sind. Für den hiesigen Ort und die Nachbarorte kommen etwa 200 Baubandwerker in Betracht, die ausgeperrt worden sind.

w. Bielefeld, 18. April. Die nunmehr vorliegenden Zahlen über den Umfang der Bauarbeiterausperrung im hiel. Bezirk sind nicht so hoch wie die am Samstag angegebenen. Wäh-rend von der Arbeitgeberorganisation bisher genaue Ziffern nicht zu erlangen waren, haben sich nach den Mitteilungen des Gewerkschaftssekretärs von den insgesamt 68 Unternehmern, die Bauarbeiter beschäftigen, nur 41 an der Ausperrung beteiligt. Ausgeperrt sind daher nur 61 Maurer, 41 Bauhilfsarbeiter und 20 Zimmerer, 23 Polierer, 236 Maurer und 210 Bauhilfsarbeiter sind nicht ausgeperrt. Von den Ausgeperrten geht ein großer Teil nach Limburg und Dilgebiet, wo eine Ausperrung Meber nicht stattgefunden hat.

Sportliche Rundschau.

Frankfurter Pferdebrennen.

Nach der gestrige zweite Sonntag brachte Niefenbesuch, gutes Wetter und guten Sport. Ein Unfall ereignete sich im Offizier-Jagdrennen an der Großen Ocke, wo Lt. Dehmgüte, der den in seinem Besitz befindliche De Catalon ritt, zu Fall kam.

Sandhof-Flachrennen. 2000 M. 1400 Meter. 1. Dr. Niefes Maaglieb (Bes.), 2. Major Dulons Habbington (Lt. v. Röhner), 3. Frhn. Wehmans Giso (Lt. Braune).

Goldstein-Härdenrennen. 2500 Mark. 2500 Meter. 1. Fr. Roehers Diana (Lt. v. Röhner), 2. Lt. v. Willich's Barilade I (Dr. Niefes), 3. Graf W. Arco-Zinnebergs Schönburg (Oblt. v. Platen).

Preis von St. Georgen. Jagdbrennen. Ehrenpreis und 2500 M. 3500 Meter. Lt. Frhn. v. Rosens Hofnarr (Lt. Braune), 2. M. Schmidt-Schröders Morise (Lt. Braune), 3. Lt. Labuens Rajah (Bes.).

Rodenstein-Jagdbrennen. 2500 M. 3000 Meter. 1. Lt. Labuens Baby II (Bes.), 2. Maurice's Sonntagsfreude (Lt. v. Röhner), 3. Major Dulons Habbington (Lt. v. Röhner).

Offizier-Jagdbrennen. Zwei Ehrenpreise und 3000 Mark. 3000 Meter. 1. Lt. de Djas The King (Lt. v. Röhner), 2. Lt. Goechens Maggen II (Lt. Loh), 3. Lt. de Djas Du Guard (Lt. Braune).

Johannisberg-Jagdbrennen. Ehrenpreis und 4000 Mark. 4000 Meter. 1. J. Kiener's Rajaja (Fehr. G. Jörn v. Sulach), 2. Fr. Weiss Pirubder (Dr. Niefes), 3. M. Schmidt-Schröders Marngiana (Lt. Braune).

Volkswirtschaft.

Große Projekte in der Elektrizitätsindustrie.

Ueber große Projekte innerhalb der Elektrizitätsindustrie erzählt die 'Frkf. Zeitung', daß seitens eines Konjunktions, dem auch der Schudert-Konzern sich anschließt, ein Plan in Vorbereitung ist, behufs Anlage einer Ueberlandzentrale mit 12000 bis 18000 Pferdekraften am unteren Ruch der Einmündung deselben in die Donau.

Die Lösung am hiesigen Getreidemarkt ist weiter ruhig und das Geschäft ohne Belang. Die meisten Berichte von den amerikanischen Märkten, die für die Venetianer günstigen Wetterverhältnisse und die fortgesetzte Realisationslust führten zu härteren Preisverabredungen.

Vom Ausland werden angeboten die Tonne, gegen Kassa, cfr Rotterdam: Weizen Saplata-Pabio-Planen oder Parletta-Kaffee 78 Rg. per März-April Mark 167.50-168, do. ungarische Unshat 78 Rg. per März-April Mark 167.50-168, do. Rosario Santa Fe 78 Rg. per Januar-Februar, Redwinter 2 per September Mark, Hartwinter 3 per September Mark, Ulla 9 Pub 30-35 schwimmend Mark 167.50-168, Ulla 10 Pub Mark 168.50-169, Ullma 10 Pub 5-10 schwimmend Mark 177-177.50, Rumänier 78-79 Rg. per August-Sept 161.50-162, bito 3 Prosz. blauefrei prompt 178.50-179, Rumänier 79-80 Rg. 3 Prozent blauefrei prompt 179.50-180 Mark, bito per August-September Mark 163-163.50.

Roggen russischer 9 Pub 10-15 schwimmend Mark 131 bis 131.50, do. 9 Pub 15-20 schwer Mark 131.50-132, norddeutscher Roggen 78-79 Rg. prompte Abladung Mark 129 bis 132.

Gerste russ. 58-59 Rg. per April-Mai Mark 107-107.50, do. 59-60 Rg. per März-April Mark 107.50-108, Donau 58-59 Rg. per schwimmend Mark 108-108.50, do. 59-60 Rg. schwimmend Mark 108.50-109, Saplata 46-47 Rg. schwimmend Mark, Oaser russ. prompt 46-47 Rg. Mark 109.50-110, do. per April-Mai Mark 109-109.50, do. 47-48 Rg. prompt Mark 109.50 bis 110, Donau nach Mayer schwimmend von Mark 110- bis 110.50, do. prompte Abladung Mark 110.50-111, Saplata 46 Rg. per März-April 104-104.50, 47 Rg. per April-Mai Mark 104.50 bis 105.

Weizen Saplata gelb rye termé schwimmend Mark 122 bis 122.50, do. April-Mai Mark 120-120.50, do. Mai-Juni Mark 120-120.50, Donau schwimm. Mark, Oeffse Mark, Novorossk weiß per prompt Mark 122, Rugeb. per Januar-Februar Mark 122.

Reinigte Freiburger Ziegelwerke. Freiburg i. Br. Das Unternehmen erzielte im Geschäftsjahre 1908-09 einen Warengewinn von M. 127.788 (M. 117.796). Der aus dem Vorjahre übernommene Gewinnvortrag von M. 7180 ermächtigte sich auf M. 2973, wobei nicht zu verkennen ist, daß und in welcher Höhe Abschreibungen vorgenommen worden sind. Eine Dividende wird wieder nicht verteilt. In den Aufsichtsrat wurden in der Generalversammlung neu gewählt die Herren Max Heiblauff, Donbelskammerpräsident in Loth., und Jakob Nelson, Privatier in Freiburg.

Daimler-Motoren-Gesellschaft. Stuttgart-Untertürkheim. In der Generalversammlung, die sämtliche Anträge der Verwaltung genehmigte, wurde Herr Kommerzienrat Dr. G. v. Doerrienbach neu in den Aufsichtsrat gewählt.

A.-G. für landwirtschaftliche Maschinen vormals Gebr. Burgbaum in Würzburg. Die Sanierung der Gesellschaft ist nach den Beschlüssen der Generalversammlung vom 22. Dezember 1909 in der Weise vollzogen worden, daß das Grundkapital von 1.250.000 Mark durch Zusammenlegung der Aktien im Verhältnis von 10:1 auf 125.000 Mark herabgesetzt und sodann durch

Ausgabe von 875.000 M. neuen Aktien auf 1.000.000 Mark erhöht wurde. Auf Grund der zwischen der Gesellschaft und ihren Gläubigern abgeschlossenen Verträge erhielten von den neuen 875.000 Aktien, je 1000 M. in Anrechnung gegen ihre Forderungen der Essener Bankverein 341.000 M., die Bayerische Bank für Handel und Industrie 261.000 M., die Firma H. C. Wassermann in Bamberg 5000 M. Die neuen Aktien wurden zu pari begeben.

Bei dem Verein für Zellstoff-Industrie in Dresden ist der Beschäftigungsgrad der Fabriken nach Mitteilung der Verwaltung befriedigend. Bei normalem Verlauf des letzten Vierteljahres dürfte sich wieder eine Erhöhung der Dividende (s. S. 4 Prozent) ermöglichen lassen.

Die Bergmann-Elektrizitätswerke beabsichtigen der 'Frkf. Zeitung' zufolge eine Kapitalerhöhung um 8 Mill. Mark.

Eisen- und Stahlwerk vorm. Gg. Fischer, Singen. Die Aktionär-Versammlung beschloß gemäß Antrag des Verwaltungsrates die Ausschüttung einer Dividende von 10 Prosz. In der Verwaltungsrat wurde an Stelle des verstorbenen Herrn Direktor R. Weber neu gewählt Herr W. C. Fischer, Direktor der Schweizerischen Kreditanstalt in Zürich.

Bonner Verblendstein- und Tonwarenfabrik A.-G. In der Hauptversammlung der Bonner Verblendstein- und Tonwarenfabrik A.-G. in Hangelar bei Beuel waren 164 Aktien vertreten. Der Abschluß für 1909 wurde genehmigt und der Verwaltung Entlastung erteilt. Der Bericht sagt, der Abschluß sei durch die schwere Bauwirtschaft, ferner aber auch durch den Einfluß der Vereine für Heimatschutz auf Behörde und Private in bezug auf die Verwendung von Verblendsteinen ungünstig beeinflusst worden. Das Geschäftsjahr schließt mit einem Verlust von 18.605 Mark.

Zum Konkurs der Firma Gebr. Bierling, Bankgeschäft und Gemischtwarenhandlung in Altdilling, meldet die 'Frkf. Ztg.', daß von den Depots in der Höhe von M. 118.000 insgesamt M. 113.400 fehlen. Hiervon können noch Waren- und Darlehensschulden, so daß die Ueberführung voraussichtlich die Gesamtsumme von M. 300.000 weit überschreiten dürfte. Durch den Zusammenbruch dieses Geschäftes, das eines der ältesten am Plage war, dürften auch andere große Bankinstitute geschädigt werden.

Telegraphische Handelsberichte.

Deutscher Reichsbank-Anweis vom 15. April 1910.

Table with Aktiva and Passiva sections, listing various bank assets and liabilities in millions of marks.

Die deutsche Reichsbank verfügt über eine steuerfreie Notenreserve von M. 90.685.000 gegen eine Notenreserve von M. 96.274.000 am 7. April u. gegen eine steuerfreie Notenreserve von M. 43.111.000 am 15. April 1909.

Von der Reichsbank.

Berlin, 18. April. Gegenüber einer anderweitigen Meldung, die Reichsbank habe 35 Mill. Schatzscheine begeben, ist lt. Frkf. Ztg. zu bemerken, dass dieser im Status bemerkte Abgang von Effekten von 35 Mill. aus der Anleihe eingelösten Schatzscheine betrifft.

Shantung-Eisenbahngesellschaft.

Berlin, 18. April. In der vorgestrigen Sitzung des Aufsichtsrats der Shantung-Eisenbahngesellschaft für 1909 wurde die Verteilung einer Dividende von 6 Prosz. beschlossen. Einschliesslich des Vortrages von Mark 103.839 aus 1908 beläuft sich das Erträgnis für 1909 nach Absetzung des Zuschusses von M. 300.000 zum Erneuerungsfonds und eines Kursverlustes auf Effekten von M. 2170 auf M. 4.129.211. Die Verteilung des Gewinns wird wie folgt vorgeschlagen: Ueberweisung an den Reservefonds M. 201.268, Ueberweisung an den Spezialreservefonds M. 200.269, Dividende 5 Prosz. = 50 M. pro Aktie M. 2.700.000, Aufsichtsrat und Tantiemen Mark 46.142, Abgabe an die Gouvernementskasse M. 46.142, 1 Prosz. Superdividende = M. 10 pro Aktie M. 540.000. M. 124.300 werden auf neue Rechnung vorgetragen.

Neues vom Dividendenmarkt.

Frankfurt a. M., 18. April. Wie die 'Frkf. Ztg.' hört, dürfte der jahresabschluss per 1909 der Farbwerkevorm. A. Leonhard u. Co. in Mülheim a. Rh. nach ordnungsmässigen Abschreibungen einen Verlust von etwa 6000 M. gegen rund 50000 M. Verlust im Vorjahre ergeben.

Verhandlungen in der Roheisenbranche.

Dortmund, 18. April. Nachdem zwischen dem Oberschlesischen Roheisen-Syndikat und dem Kraftwerk bei Stettin eine Einigung erzielt worden ist, sind auch die Verhandlungen zwischen den rheinisch-westfälischen Hochofenwerken und dem Kraftwerk wieder aufgenommen worden. Wie die 'Frkf. Ztg.' hört, hat nun vor einigen Tagen eine weitere Besprechung stattgefunden, in der Herr Klotzbach von der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft die rheinisch-westfälischen Werke vertrat. Die Beratungen scheiterten aber aus verschiedenen Schwierigkeiten. Sie sind daher abgebrochen worden, sodass eine Verständigung auf dem westdeutschen Roheisenmarkt vorläufig nicht zu erwarten ist.

Deutsche Wachwitz Metall-A.-G.

Nürnberg, 18. April. In der heutigen ausserordentlichen General-Versammlung der Deutschen Wachwitz Metall-A.-G. Hersbruck wurde die Liquidationsbilanz vom November vorigen Jahres vorgelegt und genehmigt. Diese ergibt danach, daß die Alexander-Werk A.-G. in Remscheid von ihren Forderungen abermals 200.000 Mark nachgelassen hat, einen Verlust von 954.000 M. bei 1.000.000 Aktienkapital. Die Forderungen des Alexander-Werkes betragen nunmehr 384.304 M. (Frkf. Ztg.)

Deutsche Levante-Linie, Hamburg.

Hamburg, 18. April. Die Deutsche Levante-Linie hat bei verschiedenen deutschen Offerten eingeholt für Schiffsneubauten. Die Gesellschaft beabsichtigt lt. Frkf. Ztg. 4 neue Dampfer von je 5500 To. in Auftrag zu geben.

Bremer Linoleumwerke Delmenhorst.

Bremen, 18. April. In der General-Versammlung der Bremer Linoleum-Werke Delmenhorst erklärte die Verwaltung bez. der amerikanischen Konkurs-Angelegenheit, die Konkursmasse erst durch Prozesse festgestellt werden. Vor Juli bis August sei keine Entscheidung darüber zu erwarten, welche Kompromisse vielleicht möglich seien. Bezüglich der Geschäftslage teilte der Vorsitzende lt. Frkf. Ztg. mit, in der vorigen Woche hätten endlich sämtliche Linoleumfabriken höhere Verkaufspreise vereinbart, die jedoch der Höhe der Rohmaterialienpreise noch nicht entsprächen.

Kursblatt der Mannheimer Produktenbörse.

Table with columns for various commodities like Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, etc., and their prices per 100 kg.

Mannheimer Effektenbörse.

Table listing various stocks and bonds with their respective prices and exchange rates.

Frankfurter Effektenbörse.

Frankfurt a. M., 18. April. (Werbblatt.) Die neue Woche eröffnete mit wenig Ausnahmen bei ruhigem Geschäft. Einzelne Spezialwerte zeigten besondere Festigkeit, doch konzentrierte sich das Hauptinteresse, wie dies auch in den letzten Tagen der Fall war, auf elektrische Aktien. Von den führenden Werten sind Schudert-Aktien weiter lebhaft gehandelt. Vergnügungs-Aktien sind angeregt durch den günstigen Geschäftsbericht und zeigen um 3 pCt. im Laufe an. Auch für die übrigen Werte wie Deutsch-Telegraph, Ruhmeyer und Vigt und Kraft war Nachfrage vorhanden. Die Aktien unserer Großbanken erlitten mäßige Abwärtsbewegungen. Besondere Anregung für eine Belebung auf diesem Gebiete lag auch nicht vor. Wenig günstiger lag der Montanmarkt, wo Bochumer durch die Kapitalerhöhung beeinflusst waren, Deutsch-Luxemburger waren dagegen besser gehandelt. Die übrigen Werte erlitten infolge des größeren Angebots größtenteils Abwärtsbewegungen. Schiffahrt-Aktien zeigten, besonders wurde Norddeutscher Lloyd bei größeren Umsätzen gehandelt. Auf dem Rohmaterialmarkt war wenig Interesse zu bemerken. Baumwolle und Chio waren abgemindert, während sich Lombarden behaupten konnten. Auf dem Anleihemarkt waren heimische angeregt, von ausländischen Rufen lebhaft und höher. Auf dem Markt der Industriepapiere waren heimische Werte teilweise abgemindert. Im weiteren Verlaufe des Festtags sah die Tendenz, und der Kurs der Reichsbank-Aktien lieferten einen guten Eindruck. Schantungbahn sah mäßig abgemindert. Die Randbörse verlief ruhig bei behaupteter Tendenz. Es weiterem: Preis 209, Diskont 158,30 a 159, Dreimonat 190, Lombarden 21,50, Baltimore and Ohio 111,50, Schantung 190, Nordd. Lloyd 194,50, Deutscher auf Harmer Paul-Gesellschaft-Aktien 1,05 pCt. 96, 9.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Gesellschaft.

Table with columns for 'Schlingkurse', 'Beispiel', and '16. 18.' containing various market data points.

Staatspapiere. A. Deutsche.

Table listing various German state securities with columns for '16. 18.' and '18. 18.'.

Aktien industrieller Unternehmen.

Table listing shares of industrial companies with columns for '190.10.191.' and '192.5.192.'.

Bergwerkaktien.

Table listing shares of mining companies with columns for '190.20.197.70' and '109.80.109.80'.

Aktien deutscher und ausländischer Transportanstalten.

Table listing shares of transport companies with columns for '191.25.129.10' and '141.80.141.90'.

Pfandbriefe, Prioritäts-Obligationen.

Table listing mortgage bonds and priority obligations with columns for '100.-100.' and '100.10.100.50'.

Bank- und Versicherungs-Aktien.

Table listing bank and insurance shares with columns for '185.-135.-' and '127.60.127.60'.

Berliner Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.)

Berlin, 18. April. (Kontobörse.) In der heutigen Börse herrschte bei Beginn eine ruhige, vorwiegend im Abgeben geneigte Stimmung.

Berlin, 18. April. (Anfangskurse.)

Table listing initial market prices for various securities.

Berlin, 18. April. (Schlusskurse.)

Table listing closing market prices for various securities.

W. Berlin, 15. April. (Telegr.)

Table listing market data from Berlin on April 15th.

Pariser Börse.

Table listing market data from Paris.

Londoner Effektenbörse.

Table listing market data from London.

Wiener Börse.

Table listing market data from Vienna.

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 18. April. (Produktenbörse.) Neues Amerika, dringende russische Angebote und die letzte erste Liverpooler Depesche verließen dem Weizenmarkt ein schwaches Gesicht.

Berlin, 18. April. (Telegramm.) (Produktenbörse.)

Table listing commodity prices from Berlin.

Budapester Produktenbörse.

Table listing commodity prices from Budapest.

Liverpooler Börse.

Table listing market data from Liverpool.

Überseeische Schiffsahrts-Telegramme.

New-York, 12. April. (Drahtbericht der White Star Line, Southampton.) Der Schnelldampfer „Oceanic“ am 6. April von Southampton ab, ist heute hier angekommen.

Rotterdam, 15. April. (Drahtbericht der Holland-Amerika-Linie, Rotterdam.) Der Dampfer „Neus Amsterdam“ am 5. April von New-York ab, ist heute hier angekommen.

15. April. D. „Schleswig“ angekommen Kappel. D. „Kedat“ angekommen Kappel. D. „Sieding“ angekommen Stoga. D. „Wilhelms“ angekommen Singapore.

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Telegraphische Adressen: Margold. Fernsprecher: Nr. 56 und 1637. 18. April 1910. Provisionsfrei!

Table with columns for 'Wir sind als Selbstkontrahenten unter Vorbehalt', 'Verkäufer', and 'Käufer' listing various market participants.

Verantwortlich: Für Druck und Vertheilung: Julius Wille. Für Verkauf, Provisionelles und Geschäftsleitung: Richard Schatzelberg.

